

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

4.2015
www.libmag.de
2,90 EURO

SCHWERPUNKT

BESTE BILDUNG STATT EXPERIMENTE

MIT WOLF-DIETER HASENCLEVER,
KLAUS HURRELMANN, ANDREAS PINKWART,
MARKO MARTIN UND ANDEREN

JUSTITIA WIRD WEIBLICH:

GISELA FRIEDRICHSEN ÜBER DEN
MÄNNERMANGEL IN DER JUSTIZ

MARX WÄRE HEUTE IN DER FDP:

ULF POSCHARDT ÜBER
LINKE UND LIBERALE

GEFÄNGNIS FAMILIE:

SIBEL KEKILLI FORDERT FREIHEIT
FÜR MUSLIMISCHE FRAUEN

MATT GROENING





Auch als
kostenfreie
APP
erhältlich



liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

**Jetzt alle zwei Monate neu
kostenfrei abonnieren**

liberal weiterempfehlen: kostenloses
Probeexemplar an Verwandte
und Freunde über abo@libmag.de

Online-Bestellung
www.libmag.de/abo/
oder QR-Code scannen



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„LIBERAL IST DIE
PLATTFORM FÜR
FREIE, BÜRGERLICHE
DEBATTEN ABSEITS
DES MAINSTREAMS.“

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT



„OBWOHL ICH MICH
AN EIN LEBEN OHNE
SMARTPHONE
ERINNERN KANN, KANN
ICH ES MIR NICHT MEHR
VORSTELLEN.“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Die Begründung meines gefürchteten Geografielehrers, wieso er auch noch in der Oberstufe auf handschriftlich geführten Heften insistierte, lautete: „Du wirst, wenn du erwachsen bist, ja nicht immer einen Computer mit dir herumschleppen wollen.“ Außerdem sei die Verwendung eines Computers unfair gegenüber finanziell schlechtergestellten Mitschülern. Seine Einschätzung sollte sich als falsch erweisen. Tatsächlich führen heutzutage alle Geistesarbeiter meistens gleich zwei extrem leistungsfähige Computer mit sich: ein Notebook und ein Smartphone. Und obwohl ich mich an ein Leben ohne Smartphone erinnern kann, kann ich es mir nicht mehr vorstellen.

Wer heute zur Schule geht, hat die vordigitale Welt hingegen nie erlebt. Dabei sind die technischen Möglichkeiten durchaus zweischneidig: Dasselbe Smartphone, mit dem ein begabter und interessierter Teenager souverän auf das Weltwissen zugreift und für das er eine App schreiben kann, die ihm vielleicht viel Geld einbringt, ist in den Händen eines weniger begabten Teenagers eine perfekte Ablenkungs- und Unterhaltungsmaschine, die ihm dank Diktierfunktion selbst rudimentärste Kulturtechniken abnimmt - um den Preis, dass er sie nie beherrschen wird. Da leistungsfähige

Technik inzwischen spottbillig ist, vergrößert sie nicht mehr den Graben zwischen Armen und Reichen - sondern zwischen Schlaun und Doofen.

Jedem Kind die optimale Förderung zuteilwerden zu lassen, ist schlicht eine Frage der Gerechtigkeit. „Moderne Bildungspolitik ist gezielte Förderpolitik für Kinder und eben nicht nur Finanzausgleich für den Elternhaushalt mit Kindern“, schreibt Klaus Hurrelmann in unserem Bildungsschwerpunkt, wo wir ergründen, warum das reiche und sonst so auf Gerechtigkeit fixierte Deutschland sich hiermit so schwertut - und was getan werden müsste.

Abseits aller Quotendiskussionen machen sich die Frauen auf, einen wichtigen gesellschaftlichen Bereich mehrheitlich zu übernehmen: die Justiz. Spitzenjuristinnen ziehen oft, anders als ihre männlichen Kollegen, den Richter- dem Anwaltsberuf vor. Das ermöglicht es ihnen, ihre Kinder neben dem Beruf so zu fördern, wie der Staat es leider nicht hinbekommt. Dazu mehr von Deutschlands bekanntester Gerichtsreporterin Gisela Friedrichsen.

Übrigens: Weil liberal lesen bildet und Bildung uns am Herzen liegt, steigern wir uns um 50 Prozent. In Zukunft erhalten Sie liberal sechs statt vier Mal im Jahr. Und das Abonnement bleibt weiter kostenfrei. ●

6 VON 1000 PROBLEMEN

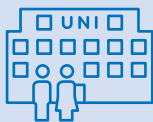
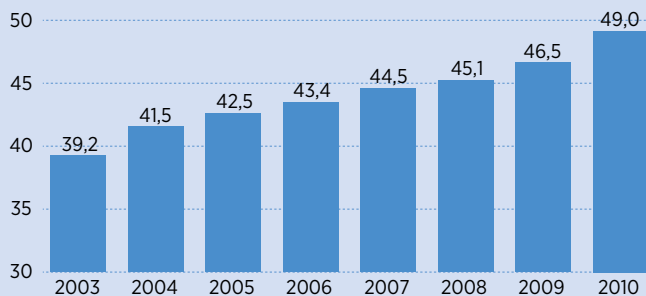
So viel steht fest: Wir brauchen eine neue Bildungsdebatte. Nicht, dass über das Thema nicht schon lange diskutiert werden würde. Mancher Streit wird seit Generationen geradezu gepflegt: der um die Gesamtschule oder um das klassische dreigliedrige Schulsystem. Oder über Kopfnoten, in denen Dinge wie Betragen und Fleiß bewertet werden. Mit den PISA-Tests hat die Debatte eine neue Dimension erreicht: Es geht nicht mehr nur um gute oder schlechte Bildung, sondern um die Frage, ob Deutschland mit seinen Ausbildungsmöglichkeiten im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Was für ein Land ohne Rohstoffe existenziell sein wird. Vorschläge für wichtige Weichenstellungen und Beschreibungen irrwitziger Zustände finden Sie im Schwerpunkt dieses Heftes.

Her mit den Akademikern ...

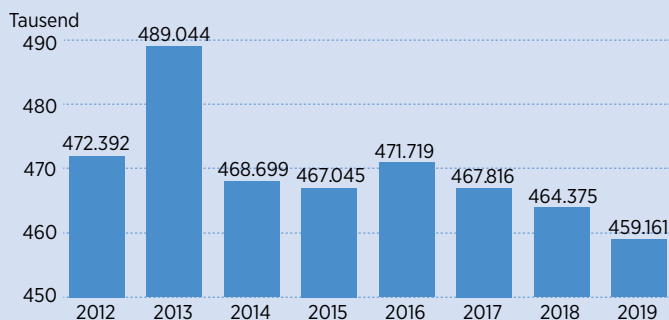
Fest steht: Deutschland braucht mehr gut ausgebildete Menschen. Doch wird die Zahl der Studienanfänger sinken, obwohl der Anteil der Abiturienten je Jahrgang steigt. Die Demografie schlägt zu ...



Der Anteil der Abiturienten in den Jahrgängen wächst ...



... dennoch wird die Zahl der Studienanfänger in Deutschland zurückgehen ...



Quelle: Destatis, Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen – Fachserie 11, Reihe 4.3.1, 1980–2013

Der PISA-Schock

Als die erste PISA-Vergleichsstudie veröffentlicht wurde, kam es zum PISA-Schock. Mit dem unterdurchschnittlichen Abschneiden Deutschlands hatte niemand gerechnet. Inzwischen hat die Bundesrepublik im Ranking aufgeholt. Ein Problem ist geblieben: Kinder aus sozial schlechtergestellten Familien liegen deutlich unter den Ergebnissen ihrer bessergestellten Mitschüler.

Erreichte Punktzahl* der teilnehmenden 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in den Bereichen

signifikant ■ besser ■ schlechter als der Durchschnitt

	Mathematik	Naturwissenschaften	Lesekompetenz
Shanghai (China)	613	580	570
Singapur	573	551	542
Hongkong (China)	561	555	545
Japan	536	547	538
Schweiz	531	515	509
Niederlande	523	522	511
Finnland	519	545	524
Deutschland	514	524	508
Österreich	506	506	490
Frankreich	495	499	505
OECD-Durchschnitt	494	501	496
Großbritannien	494	514	499
Italien	485	494	490
Spanien	484	496	438
Russland	482	486	475
Vereinigte Staaten	481	497	498
Griechenland	453	467	477
Mexiko	413	415	424
Brasilien	391	405	410
Katar	376	384	388
Indonesien	375	382	396
Peru	368	373	384

Auswahl: *30 Punkte entsprechen etwa dem Lernfortschritt eines Schuljahres

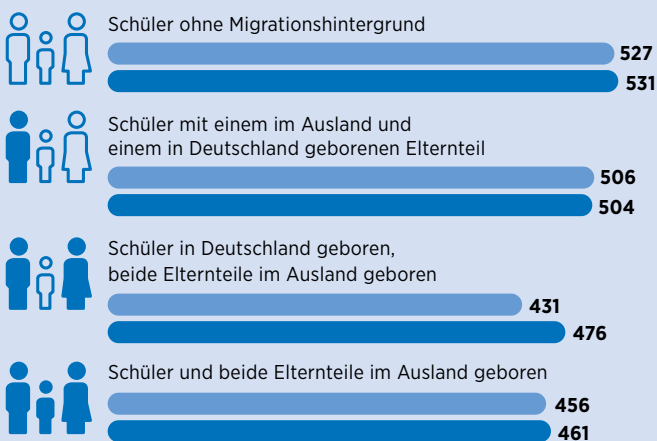
PISA-Daten 2012; Quelle: OECD

PISA: Migranten holen kaum auf

Wird es gelingen, die Kinder von Zuwanderern in die Wissensrepublik Deutschland zu integrieren? Angesichts der demografischen Entwicklung eine Pflichtaufgabe. Die Statistik zeigt: Das Problem ist noch lange nicht gelöst ...

So viele Punkte erreichten die 15-jährigen Schüler in Deutschland bei der internationalen PISA-Studie in Mathematik

■ Mittelwert im Jahr 2003 ■ Mittelwert im Jahr 2012



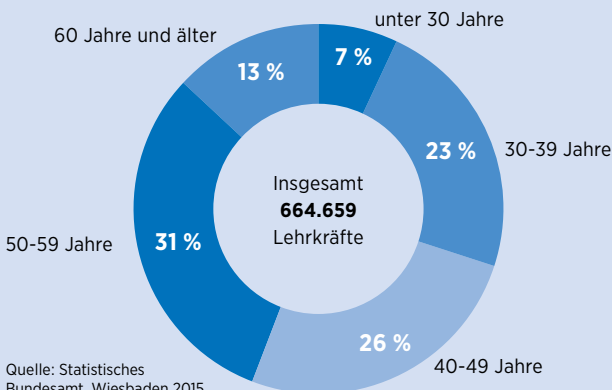
Quelle: OECD

Kurz vor der Pensionierung: der Lehrkörper

Ein handfestes Gegenwartsproblem zeigt sich im Schulalltag am Umgang mit der digitalen Revolution. Nicht selten müssen Lehrer von den Schülern lernen, sich in der digitalen Welt zu bewegen. Hauptgrund dafür ist die Altersstruktur des Lehrkörpers, kombiniert mit dem unzureichenden Stellenwert der Weiterbildung im Lehrerberuf ...

Altersverteilung der Lehrkräfte 2013/2014

Anteil an allgemeinbildenden Schulen (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015

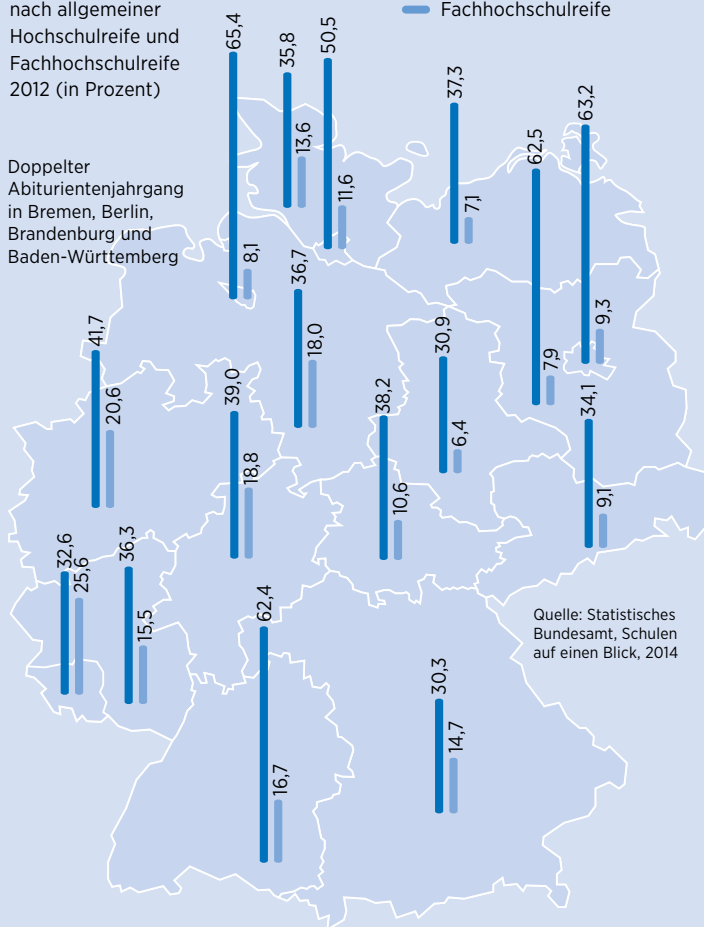
Ländersache

Schulfragen sind Ländersache. Kein Wunder, dass sich die Bildungsergebnisse von Land zu Land stark unterscheiden. Das zeigt sich auch am Anteil der Schüler eines Jahrgangs, der die Berechtigung zum Studium erwirbt. Diese Statistik sorgt für dauerhaften Streit. Denn hier gute Ergebnisse zu erzielen, bedeutet noch lange nicht, ein gutes Bildungsergebnis erreicht zu haben. Vielleicht waren die Prüfungen nur leichter...

Studienberechtigtenquote nach allgemeiner Hochschulreife und Fachhochschulreife 2012 (in Prozent)

■ allgemeine Hochschulreife ■ Fachhochschulreife

Doppelter Abiturientenjahrgang in Bremen, Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg



Quelle: Statistisches Bundesamt, Schulen auf einen Blick, 2014



Saustall

An vielen Schulen schlagen sich die Kinder mit ganz profanen Problemen herum: Es gibt kaum noch saubere Toiletten, ganze Schulgebäude sind marode. Die Schulträger geizen und verschleppen die Probleme. Wie soll in einem solchen Umfeld beste Bildung gelingen?

STANDARDS

3

EDITORIAL

4

START

6 VON 1000 PROBLEMEN

6

INHALT/IMPRESSUM

28

FUNDSTÜCK

28

WUTPROBE

Fleischhauers

Schreibübung

29

AUTOREN DER FREIHEIT

Sibel Kekilli

30 

ZENTRALMOTIV

Historische Nacht



40

MIERSCHS MYTHEN

Über Natürliches

42

BÜCHER

54

ZITATE DER FREIHEIT

Joachim Lottmann

APP-VERSION

liberal ist auch als iPad- und Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

 Audio

 Bildergalerie

 Link

 Leseprobe

 Video



SCHWERPUNKT

Schule braucht Freiheit

Verknöcherte Strukturen, Gängelei und Angst vor der dringend notwendigen Entbürokratisierung:

Das deutsche Schul- und Bildungswesen ist altmodisch, träge und teilweise ideologisch gefärbt.

liberal zeigt die Schwachstellen und lässt Experten den Finger in die Wunde legen.

Ergebnis der Baustellenbegehung: Es gilt, Freiheit zur Mitgestaltung zu schaffen.

8

BESTE BILDUNG IST MÖGLICH

Es sei kaum gelungen, Schulen mehr Freiheit zu geben, sagt Andreas Pinkwart. Im Interview erklärt der Bildungsexperte, warum er trotzdem an die Reform des Bildungswesens glaubt. VON BORIS EICHLER

14

MEINUNG STATT WISSEN

Falsche Aussagen, tendenziöse Behauptungen und emotionale Indoktrination: Was der Nachwuchs in manchen Lehrbüchern zu lesen bekommt.

VON JUSTUS LENZ

11

IDEOLOGIE ZUM PAUSENBROT

Die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt: Früh übt sich, wer ein Linker werden soll. Am besten schon in der Kita. VON KARL-ULRICH KUHLO

16

AB IN DIE VORSCHULE

Warum die Weichen für Bildung und Erfolg schon in frühen Jahren gestellt werden müssen.

VON KLAUS HURRELMANN

12

SANIERUNG - JETZT

Erlasse, Vorschriften und Bürokratie ohne Ende: Das Schulwesen ist den Veränderungen unserer Zeit nicht gewachsen. VON WOLF-DIETER HASENCLEVER

18

FORSCHES VERGESSEN

Wieso der DDR-Autoritarismus in deutschen Schulen noch immer allgegenwärtig ist.

VON MARKO MARTIN



26

- 20 „MARX WÄRE HEUTE IN DER FDP“ 
Ulf Poschardt macht gerne „die Klappe auf“:
Wie der streitbare Journalist seine
linke Vergangenheit in seiner liberalen
Gegenwart weiterlebt.

VON DAVID HARNASCH

- 24 SCHATTENGEHEIMDIENST
Ausländermaut, Mindestlohn,
Fluggastdatenspeicherung: Warum
die Macht der Zoll-Behörden immer
weiter und unkontrolliert wächst.

VON JAN C. KLEIN-ZIRBES

- 26 DER GECASTETE KANDIDAT
„Deutschland sucht den Superstar“
war gestern: Wie sich die Gemeinde
Selfkant ihren Kandidaten fürs
Bürgermeisteramt gecastet hat.

VON BORIS EICHLER



32

- 32 NEUE CHANCE FÜR DIE ABBRECHER
Die Zahl der Studienabbrecher liegt
bei mehreren Zehntausend – jedes Jahr.
Die Angst, sich neu zu orientieren, ist
groß. Wie Universitäten und Unternehmen
beim Neustart in die Karriere 2.0 helfen.

VON CHRISTINE MATTAUCH

- 36 BUNDESLIGA IM WANDEL
Die Premier League und ihre millionen-
schweren Investoren setzen die deutsche
Fußballkultur gehörig unter Druck. Geld-
geber wie Martin Kind und Dietmar Hopp
wehren sich. Warum die Eliteklasse der
deutschen Kicker auf einem schmalen
Grat wandelt.

VON RALF KALSCHUR



44

- 44 MIT COOLER KOHLE HELFEN
Crowdfunding für die gute Sache: Wie
Ideegeber im Internet Sponsoren finden.
VON CHRISTINE MATTAUCH

- 48 FRAUEN AUF DEM VORMARSCH
Warum die Justiz keine Frauenquote
braucht. VON GISELA FRIEDRICHSEN

- 50 VERBRECHENSVORHERSAGE 
Ein Polizisten-Traum wird wahr: schon vor
Begehung der Tat am Tatort sein.
VON ANDREAS SPIEGELHAUER

- 52 MORALSTANDORT DEUTSCHLAND
Warum Mythenbildung und
Verschwörungstheorien schlecht
für Deutschland sind.
VON WOLFGANG GERHARDT

liberal • Debatten zur Freiheit. Das Magazin
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.
Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de,
redaktion@libmag.de

**Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans
Wolfgang Rubin**

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt,
Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Sabine
Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Wolf-Dieter
Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo,
Helmut Markwort

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

**Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit:**

David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.),
Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann

Autoren dieser Ausgabe: Boris Eichler, Jan Fleisch-
hauer, Gisela Friedrichsen, Wolfgang Gerhardt, David
Harnasch, Wolf-Dieter Hasenclever, Klaus Hurrelmann,
Ralf Kalschur, Sibel Kekilli, Jan C. Klein-Zirbes, Karl-
Ulrich Kuhlo, Justus Lenz, Joachim Lottmann, Marko
Martin, Michael Miersch, Andreas Spiegelhauer

Gesamtherstellung:
corps. Corporate Publishing Services GmbH,
ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:
Thorsten Giersch, Holger Löwe, Wilfried Lülsdorf

Redaktionsleitung: Mirko Hackmann

Gestaltung: Ernst Merheim (Grafik), Achim Meissner
(Bildredaktion), mauritius images / United Archives
(Titelbild)

Objektleitung: Jana Teimann

Anzeigen:
Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671,

tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de
(Leitung),
Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663,
georgios.giavanoglou@corps-verlag.de
(Anzeigen-Marketing),
Christine Wiechert, Tel. 0211/542 27-672,
christine.wiechert@corps-verlag.de (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:
Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
73730 Esslingen, Zeppelinstraße 116

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber
und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Wider-
ruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (In-
landspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung).
Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement:
alles dazu auf Seite 2

Mehr Freiheit für bessere Bildung

In der Welt von morgen kann Deutschland nur bestehen, wenn es beste Bildung für möglichst viele bieten kann. Trotz des immensen Reformstaus an den Schulen und lähmender Strukturdebatten sagt der Bildungsexperte Professor Andreas Pinkwart: Beste Bildung ist möglich.

// INTERVIEW // **BORIS EICHLER**

liberal: Herr Pinkwart, Sie sind Ende der 60er und in den 70er Jahren zur Schule gegangen. Wenn Sie heute noch mal die Schulbank drücken müssten, welche Unterschiede würden Ihnen am meisten auffallen?

Andreas Pinkwart: Die Unterschiede dürften vergleichsweise gering sein. Die Klassen sind heute jedoch erheblich kleiner als damals. Ich hatte in der Spitze 48 Mitschüler in meiner Klasse, 40 Schüler waren Standard. In meiner Schulzeit erlebte ich noch den schleppenden Einzug elektronischer Medien, daran hapert es bis heute. Viel zu oft wird noch mit klassischen Medien gearbeitet.

Sie meinen die Tafel, nach wie vor das Symbol für die Institution Schule?

So ist es. Aufgebrochen ist dagegen das Dogma des Frontalunterrichts. Es gibt heute mehr Gruppenarbeit und interaktive Lernformen. Die Didaktik hat sich fortentwickelt. Dennoch ist Schule in den vergangenen Jahrzehnten von einem, sagen wir es freundlich, hohen Maß an Stabilität geprägt.

Das ist sehr zurückhaltend ausgedrückt. Spötter sagen, das Schulsystem stammt

in seinen Grundstrukturen noch erkennbar aus dem Kaiserreich und wird passenderweise von Beamten exekutiert, anderen fällt dazu nur der Begriff Planwirtschaft ein ...

In der Tat handelt es sich um ein von den Ländern zentralistisch ausgerichtetes System mit wenig Autonomie für die Schulen – jedenfalls soweit es die staatlichen Schulen betrifft, also den überwiegenden Teil. Es ist kaum gelungen, den Schulen mehr Freiheit einzuräumen. Hier liegt ein wesentlicher Vorteil der privaten Schulen, und das ist auch ein Grund dafür, warum diese von Eltern und Kindern so wertgeschätzt werden. Dort kann man Schule ganz anders gestalten, das beginnt bei der Auswahl der Lehrer und endet bei der gezielteren Förderung von Begabungen und Talenten.

Warum klappt das bei staatlichen Schulen nicht so gut?

Es würde schon funktionieren, es fehlt am Vertrauen in die Kompetenz von Schulleitungen und Lehrern, vor Ort die richtigen Entscheidungen selbst treffen zu können. Schulautonomie ist der Schlüssel zu besserer Bildung. Nur sie ermöglicht Vielfalt und »

Fotos: Tina Merkau/FNF





ZUR PERSON

ANDREAS PINKWART war von 2005 bis 2010 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. Er ist seit 2011 Rektor der HHL Leipzig Graduate School of Management und Lehrstuhlinhaber für Innovationsmanagement und Entrepreneurship.

Innovation. Anstelle überbordender Bürokratie brauchen wir spannenden Unterricht.

Ein hoher Grad an Autonomie würde aber nichts nützen ohne Schulleitungen, die davon Gebrauch machen. Ist das Schulleitern zuzutrauen, die in der Beamtenlaufbahn sozialisiert wurden?

Da bin ich zuversichtlich. Wir haben mit dem Hochschulfreiheitsgesetz in Nordrhein-Westfalen den Präsidenten und Rektoren der Unis und Fachhochschulen viele zusätzliche Kompetenzen gegeben. Dabei sind wir anfangs der gleichen Skepsis begegnet. Unsere Erfahrung: Der Mensch wächst mit seiner Aufgabe und der ihm anvertrauten Freiheit. Die Rektoren haben die Chancen für ihre Hochschulen genutzt und sind ihrer Verantwortung gerecht geworden. Ich bin überzeugt: An Schulen ginge das genauso gut. Lehrer in Deutschland sind gut qualifiziert und erfahren, das bekommen die hin.

Seit Aufkommen der PISA-Studien gilt Finnland wegen seiner Spitzenplätze als Vorbild. Dort werden Lehrer - anders als bei uns - aus der akademischen Elite rekrutiert ...

... und der Lehrerberuf genießt dort einen hervorragenden Ruf. Ich habe es mir zur Regel gemacht, bewusst positiv über Lehrer zu sprechen. Man kann die Lehrerschaft nicht per se kritisieren und zugleich beklagen, dass das Berufsbild des Lehrers schlecht beleumundet ist. Was Finnland und auch andere erfolgreiche Länder wie zum Beispiel Vietnam anbelangt: Kennzeichnend sind dort die gezielte Vorauswahl, die hohe Qualität der Ausbildung und die gesellschaftliche Anerkennung von Lehrern.

Das gilt besonders für Lehrer an „Problemschulen“. Deren Arbeitsalltag kann die Hölle sein, ihre Bezahlung ist im Vergleich zu ihren gymnasialen Kollegen mager. Ein weiteres Relikt aus alter Zeit? Zweifellos ein Anachronismus. Lehrern an Brennpunktschulen, die mit besonders schwierigen Schülerbiografien umzugehen haben, sollten wir deutlich bessere Unterstützung und eine höhere Bezahlung bieten.

Und die leidige Schulformdebatte? Seit Jahrzehnten beherrscht sie die Diskussion um die deutsche Schulpolitik und wird oft mit erstaunlicher Verbissenheit geführt.

Dabei ist die Schulform nicht die entscheidende Frage. Was wir jedoch brauchen, ist ein hinreichendes Maß an Differenzierung, um Über- und Unterforderung zu vermeiden. Diese kann innerhalb einer Schule und Klasse ebenso hergestellt werden wie durch verschiedene Schultypen. Was indessen nicht weiterhilft, sind Einheitsschulen, die zu Einheitsergebnissen führen, denn dies setzt Einheitsschüler voraus. Gott sei Dank haben wir es aber mit unterschiedlichen Begabun-

Regeln. Nichts demotiviert sie mehr als unterschiedliche Leistungen, die gleich bewertet werden.

Und wie sieht es mit der lebenspraktischen Erziehung aus? Wie ernähre ich mich gesund, wie sieht ein Mietvertrag aus? Es gibt so viele Forderungen nach neuen Lehrinhalten. Würde man sie erfüllen, wären Eltern gleich nach der Geburt von allen Erziehungsaufgaben entbunden ...

Es muss klar sein, dass der wesentliche Anteil der Erziehung und Vermittlung von Alltagswissen bei den Eltern liegt. Das ist doch eigentlich die schönste Aufgabe, die



„Kinder wollen und brauchen Freiräume genauso wie klare Regeln. Nichts demotiviert sie mehr als unterschiedliche Leistungen, die gleich bewertet werden.“

gen und Talenten zu tun, die wir wertschätzen und auch gezielt fördern sollten.

Immer mehr Stimmen fordern, Schulen sollten vermehrt Erziehungsaufgaben wahrnehmen, die klassische Elternaufgaben sind. Erziehung zu Pünktlichkeit, Höflichkeit, zum gesamten Kanon sozialer Tugenden. Überfordert das die Schulen?

Nein, Helmut Schmidts Sekundärtugenden waren schon immer hilfreich. Schüler, Lehrer und Eltern müssen sich gegenseitig respektieren. Das erwarten übrigens insbesondere die Schüler. Kinder wollen und brauchen Freiräume genauso wie klare

Eltern zukommt. Auf der anderen Seite: Wir haben heute eine wachsende Zahl von Patchwork-Familien, deren Konfiguration sich häufiger ändert als früher. Hier sind ergänzende Angebote in der Schule unverzichtbar, wenn wir allen Kindern unabhängig vom Elternhaus beste Startbedingungen geben wollen.

Diese Angebote werden allerdings gerade von jenen Elternhäusern nicht wahrgenommen, für die sie gedacht sind ...

Genau dafür gibt es die Schulpflicht und ergänzende, neuere Verpflichtungen. Denken Sie nur an die Sprachprüfung für Vierjährige, die wir in Nordrhein-Westfalen

eingeführt haben. Dieser für alle Kinder verpflichtenden Prüfung folgt bei Bedarf eine gezielte Sprachförderung, damit alle Kinder von der ersten Unterrichtsstunde an mithalten können. Denn wir wissen: Ohne gute Ausbildung finden wir heute kaum mehr einen Job, der ein eigenständiges Leben sichert. Klar muss aber sein: Für wirkliche Fortschritte in der Chancengerechtigkeit müssen alle sorgen: Kitas, Kindergärten und Schulen, ebenso wie Eltern, Verwandte und Nachbarn. Das ist primär keine Frage des Einkommens, sondern des Willens und beharrlichen Tuns aller Beteiligten.

Herr Pinkwart, versuchen wir zu priorisieren. Welche Stellhebel würden Sie in der Schulpolitik zuerst bewegen?

Erstens: Wir brauchen mehr und eine deutlich bessere Weiterbildung. Da hinken wir hinterher: Wenn die Wirtschaft so wenig für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter tun würde wie der Staat für seine Lehrer, wären deutsche Unternehmen international schon längst abgehängt. Damit Lehrer über mehr als 40 Berufsjahre hinweg motiviert und fachlich vorbereitet bleiben, sollte man ihnen spätestens nach 20 Jahren die Möglichkeit zu einem halbjährigen Sabbatical und einem Auffrischungsstudium eröffnen. Dies wird durch offene Weiterbildungsprogramme an den Universitäten ergänzt.

Diese Maßnahmen werden Geld kosten, scheinen aber umsetzbar zu sein.

Dafür würden wir erhebliche Mittel einsparen, die wir heute für die Frühpensionierung von Lehrern und mittelbar für die Lerndefizite unserer Schüler ausgeben. Wir sollten nicht abwarten, bis durch den Generationswechsel in der Lehrerschaft die Kreidezeit von der Digitalisierung abgelöst wird. Wobei das Auswechseln der Tafeln durch White Boards noch keinen Fortschritt bedeutet. Vielmehr müssen wir unsere didaktischen Konzepte grundlegend renovieren, wenn wir einen Mehrwert schaffen wollen: Die Kinder leben schon seit Jahren in einer Parallelwelt, weil die Schulen die Möglichkeiten der neuen Medien für eine echte Qualitätssteigerung im Unterricht nicht nutzen. ●

Ideologie zum Pausenbrot

„Du lernst nicht für die Schule, du lernst für dein Leben“, hat mein Vater mir eingebläut. Millionen Mitschüler hörten das Gleiche. Manche haben es verstanden und es sich zu Herzen genommen, manche weniger. Würden unsere Väter in die heutigen Klassenzimmer sehen, müssten sie resigniert feststellen: „Unsere Kinder lernen nicht für die Schule, sondern auch Vorurteile. Statt Fakten. Besonders, wenn's um Wirtschaft geht!

Schon 2002 hatte Olaf Scholz, heute Bürgermeister von Hamburg, damals Generalsekretär der SPD, unverhohlen zu Protokoll gegeben: „Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern.“ Es scheint gelungen. Zumindest in weiten Teilen des Landes. Und wenn es noch kein 100-Prozent-Erfolg ist, dann liegt das nur an tapferen Eltern, die die häufige Linksausrichtung unserer Schulen nicht hinnehmen wollen. Als Wahlkampfthema taugt Bildungspolitik nur bedingt, weil das Interesse der Wähler am Schicksal unserer Kinder meistens dann erlischt, wenn die eigenen Kleinen ihren Abschluss gemacht haben. Dann endet die Betroffenheit und damit oft auch das Interesse am Thema.

Leider! Denn die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt: Früh übt sich, wer ein Linker werden soll. Am besten schon in der Kita.

Ideologie mit dem Pausenbrot, das hat Wirkung. Wer schon im Schulbuch eingetrichtert bekommt, dass Wirtschaftswachstum Arbeitslosigkeit zur Folge hat (siehe Seite 14 dieser *liberal*-Ausgabe), wird das nicht mehr vergessen und später entsprechende Wahlentscheidungen treffen. Wer schon im zarten Kindesalter lesen muss, dass dem Unternehmer die Maschinen wertvoller waren als die Arbeiter, der hat ein Feindbild für sein ganzes Leben.

Perfide! Klug ausgedacht! Und mit ungeheuren Langzeitfolgen. Nicht nur für unsere Kinder, sondern für unsere ganze Gesellschaft, für unser Land. Denn mittel- und langfristig wirkt sich diese schleichende Indoktrination auf den Kurs aus, den Deutschland in Zukunft nimmt. Das hat schon in den vergangenen Jahrzehnten funktioniert, wie der Pegel des „Zeitgeistes“ beweist, der sogar aus Adenauers CDU in 70 Jahren eine sozialdemokratische Partei hat werden lassen. Und so lenken natürlich auch Bildungspolitiker von heute die Entwicklung unseres Landes von morgen. Ganz einfach, indem sie unsere Kinder formen.

Bildungspolitik hat eine viel zu hohe Bedeutung für unsere Zukunft, als dass sie weiterhin stiefmütterlich behandelt werden darf, meist weit abgeschlagen hinter anderen politischen Themen. Es lohnt sich für alle, die zukünftig nicht in einer anderen Republik leben wollen, Bildungspolitik endlich Priorität zu verschaffen. Wer auch in 10, 20 oder 30 Jahren Freiheit genießen will, muss dafür sorgen, dass unseren Kindern Freiheit vorgelebt wird, dass sie nicht einseitig ideologisiert werden, dass aus ihnen mündige Bürger werden, die ihre ganz persönlichen Chancen zu nutzen gelernt haben, unbehelligt von Ideologen!

Denn merke: Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Sozialpolitik, Außenpolitik oder Verteidigungspolitik von morgen fängt schon heute an – im Kindergarten.

Karl-Ulrich Kuhlo

Mehr Freiheit wagen

Das deutsche Schulwesen ist seiner Tradition als obrigkeitsstaatliche Einrichtung aus Kaisers Zeiten treu: durchverwaltet, mit einem Übermaß an Erlassen und Vorschriften ausgestattet, von weisungsgebundenen Beamten exekutiert. Dieses schwerfällige System ist den schnellen Veränderungen unserer Zeit nicht gewachsen. Schule braucht Freiheit. // TEXT // **WOLF-DIETER HASENCLEVER**



DAS BUCH ZUM SCHWERPUNKT:
Bildung für Alle
Bildungsvielfalt im Ideenwettbewerb, von Peter Altmiks/Kathleen Klotchkov (Hrsg.), Peter Lang Edition

Im November 1997 fand im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt das Berliner Bildungsforum statt. Einer der Redner war Roman Herzog. Seinen Vortrag schloss der damalige Bundespräsident mit den Worten: „Setzen wir neue Kräfte frei, indem wir bürokratische Fesseln sprengen. Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit.“

18 Jahre nach der wohlbegründeten Aufforderung des damaligen Bundespräsidenten hat sich der Eindruck verfestigt, dass die einzige politische Kraft, die sich ernsthaft um (relative) Autonomie, Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit für die Schulen bemüht, in der Tat die Liberalen waren und sind. Warum aber wird das auch von anderen Parteien vorgetragene Bekenntnis zur Freiheit der Schulen in der Praxis der Länder - bis auf die rühmliche Ausnahme Niedersachsens in der Zeit der

CDU-FDP-Koalition - nicht oder nur höchst oberflächlich umgesetzt?

Mehr Selbstverantwortung für die auch im Detail unmittelbar den Weisungen der Politik und Verwaltung unterworfenen Schulen bedeutet Machtverlust für beide. Entscheiden Schulen selbst über die Schwerpunktbildung beim Unterricht oder gar über ihre Organisationsformen, kann nicht mehr durch Weisung des Ministeriums „mal eben“ eine pädagogisch weitgehend nutzlose Strukturänderung oder ein gerade modisches Thema in die Bildungsstätten hineingebracht werden.

Dabei ist die eigene Möglichkeit, sich an die jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen ihrer Schülerschaft anzupassen, wesentlich für die Qualität der Schulen. Nach den für Deutschland schlechten Ergebnissen der PISA-Studie wurden die Faktoren untersucht, die erfolg-

reichere Schulsysteme ausmachen. Als zentral erwies sich das Maß an Freiheit der einzelnen Schulen in folgenden Bereichen: Lehrereinstellung, Verfügung über das Budget, Bestimmung des Lernstoffs, Entscheidung über das Fächer- und Kursangebot. Bei all diesen Faktoren lag Deutschland auf dem letzten Platz hinter den Vergleichsstaaten Kanada, Finnland, Schweden, Großbritannien, Niederlande.

Der Grund: Historisch hat sich das deutsche Schulwesen als obrigkeitstaatliche Einrichtung im Kaiserreich entwickelt: mit einem Übermaß an Erlassen und Vorschriften ausgestattet, durchverwaltet, von weisungsgebundenen Beamten ausgeführt. Dieses schwerfällige System ist den schnellen Veränderungen unserer Zeit in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft nicht gewachsen. Das staatliche Schulwesen in Deutschland kann daher als System bezeichnet werden, das durch Verwaltungsabläufe im Dienste einer eher statisch orientierten Gesellschaft gekennzeichnet war und in weiten Teilen noch ist. Einem solchen System sind Individualisierung und die Zentrierung auf die Schüler fremd. Reformen in der Schule können nicht schnell und pragmatisch von unten kommen, sondern mussten und müssen den mühsamen und politisch belasteten Weg von den Landesregierungen über die Verwaltungen nehmen. Der Schritt in die eigenverantwortete Freiheit ist daher weit mehr als eine Organisationsveränderung: Er bahnt den Weg für neue Formen des Unterrichtens und Erziehens, für mehr Individualisierung und Kreativität.

Auch beim Personal mitentscheiden

Mehr Selbstständigkeit der einzelnen Bildungseinrichtung bedeutet aber auch mehr Verantwortung für die Qualität der eigenen Arbeit, für die Ergebnisse des Unterrichts, für die Erziehung, also für das, was herauskommt (Outcome). Eltern, Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf qualitativ gute Arbeit. Die Steuerzahler haben ein Recht auf Effizienz der eingesetzten Mittel. Die Schulen haben ein Recht auf die objektive Beurteilung ihres Tuns: Dabei beurteilen zuallererst Eltern und Schüler, aber auch die Lehrkräfte selbst ihre Arbeit. Von außen müssen zentrale Prüfungen und Schulinspektionen dazukommen. Die Freiheit der Schulwahl für Eltern und die Finanzierung der Schulbudgets über Bildungsgutscheine können entscheidende Anreize für die weitere Qualitätsentwicklung sein.

Unter dem Begriff der Eigen- oder Selbstverwaltung haben viele Bundesländer den Schulen einige Freiheiten gegeben. Zum Beispiel Teilbudgets für Fortbildungen, Mitsprache bei der Personalauswahl, bei Beförderungen und bei der Verteilung der Lehrstoffpläne. Durch die

Einbindung der Schulen in das staatliche Personalrecht, die Anbindung an ein allzu detailliertes Haushaltsrecht und die immer noch anhaltende Erlassflut sind diese Freiheiten bisher jedoch massiv eingeschränkt. Neue Verwaltungsvorschriften - beispielsweise zur Art und Weise von Leistungsstanddiagnosen - statt der unbedingt erforderlichen Entbürokratisierung belasten und konterkarieren den Freiheitsgedanken.

Werden darüber hinaus bisher von den Schulbehörden geleistete Verwaltungsaufgaben unter dem Zeichen von Selbstverwaltung auf die Schulen abgewälzt, ohne ihnen die nötigen Ressourcen zu geben, entstehen

Mehr Selbstständigkeit der einzelnen Bildungseinrichtung bedeutet aber auch mehr Verantwortung für die Qualität der eigenen Arbeit.



Unmut und Skepsis gegenüber der - letztlich nur vermeintlichen - Freiheitsgewährung.

Aus den Erfahrungen des Schulwesens in freier Trägerschaft lassen sich einige Grundbedingungen wirksamer, von den Beteiligten für wesentlich gehaltener Freiheitsbedingungen herausdestillieren. Entscheidend für die Schulen sind:

1. Freiheit in der Verwendung der Ressourcen
2. Freiheit in der Organisation des Unterrichts und in der Lehrstoffverteilung
3. Freiheit bei Personalmaßnahmen und -entscheidungen.

Solche schwerwiegenden Änderungen in der Verfasstheit der Schulen können nur erfolgreich implementiert werden, wenn man sie sorgfältig vorbereitet und dauerhaft unterstützt. Zumindest müssten folgende Rahmenbedingungen geschaffen werden: Gründliche Aus- und Fortbildung für Führungskräfte im Schulbereich - nicht nur für Schulleiterinnen und Schulleiter -, hinreichend Zeit für deren angewachsene Führungsaufgaben sowie die Zusammenführung der Sach- und Personalbudgets an den Schulen. Notwendig ist dazu eine weitgehende Verfügungsfreiheit.

So kann schrittweise aus dem alten Modell der durchverwalteten das neue, freiheitliche und zukunfts-fähige Modell einer Schule in eigener Verantwortung entstehen. ●



**PROFESSOR
WOLF-DIETER
HASENCLEVER**
ist Mitgründer und
Gesellschafter der Freien
Schule Panketal und
war von 2006 bis
2010 Präsident des
Landesamtes für
Lehrerbildung und
Schulentwicklung des
Landes Niedersachsen.
redaktion@libmag.de

Meinung statt Wissen

Falsche Fakten, tendenziöse Behauptungen und emotionalisierte Themen: Was Schüler in manchen Lehrbüchern zu lesen bekommen, ist nahezu unglaublich.

// TEXT // JUSTUS LENZ



Gier
+ Rücksichtslosigkeit
+ Ausbeutung
+ hohe Preise
= Marktwirtschaft

In deutschen Schulbüchern geht es manchmal abenteuerlich zu: Da beutet der Unternehmer seine Mitarbeiter aus, Wirtschaftswachstum erzeugt Arbeitslosigkeit, und die Schüler werden zum Mitmachen bei Greenpeace aufgefordert. Kein Wunder, dass auch die öffentliche Meinung in diese Richtung tendiert - zur Schule mussten wir schließlich alle gehen. Dass es ihnen in einem stärker vom Staat kontrollierten Wirtschaftssystem schlechter gehen würde, meinen im Westen 34, im Osten nur 18 Prozent der Bundesbürger - das fanden die Meinungsforscher von Allensbach 2013 im Auftrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* heraus. Vielen Deutschen fallen zum Thema Marktwirtschaft die Begriffe „Gier“ (56 Prozent), „Rücksichtslosigkeit“ (53 Prozent), „Ausbeutung“ (51 Prozent) und „hohe Preise“ (49 Prozent) ein.

Die tendenziell links orientierten Schulbücher sind zwar sicher nicht der einzige Grund für die in Deutschland vorherrschende Marktskepsis und Aufgeschlossenheit gegenüber freiheitsfeindlichen Ideen. Sie sind jedoch ein besonders bemerkenswerter Faktor. Ob Lehrer im Unterricht auf ihre Schüler ideologisch einwirken, ist zwar schwer nachprüfbar. Dass Jugendliche in Schulbü-

chern mit Emotionalisierungen, falschen Fakten und tendenziösen Behauptungen beeinflusst werden, ist aber schwarz auf weiß nachzulesen. Dies sollten wir nicht ignorieren.

Gerade wenn es um die Darstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge geht, finden sich einige besonders bemerkenswerte Beispiele für ideologisch gefärbte Passagen. So heißt es auf Seite 58 des 2007 erschienenen Klett-Schulbuchs „Terra Erdkunde 9/10 Niedersachsen“:

„Ständiges Wirtschaftswachstum und damit wachsender Wohlstand haben aber (...) in zunehmendem Maße auch Arbeitslosigkeit zur Folge.“

Die falsche Behauptung, Wirtschaftswachstum führe zu Arbeitslosigkeit, sollte in einem Schulbuch keinen Platz haben. Zumal die Aussage in ihrem Kontext geradezu zynisch wird. Der Schulbuchautor nutzt sie, um zu erklären, dass Wirtschaftswachstum folglich kein erstrebenswertes Ziel für Entwicklungsländer ist. Natürlich stellt sich sofort die Frage, was denn die besseren Alternativen sind. Bezeichnenderweise werden die Schüler dabei ohne eine konkrete Antwort allein gelassen. Zurück bleibt bei ihnen womöglich ein diffuses Gefühl von Misstrauen gegenüber Wirtschaft und Wachstum.

Auch die wichtigsten Akteure in einer Marktwirtschaft, die Unternehmer, werden häufig in ein schlechtes Licht gestellt. So heißt es auf Seite 168 tendenziös im Westermann-Schulbuch von 2007 „Die Reise in die Vergangenheit 3“:

„Für den Unternehmer waren die Maschinen wertvoller als die Arbeiter.“

Die schlechten Beispiele beschränken sich nicht auf die Darstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge. Ähnliche Phänomene findet man auch bei ethischen und politischen Fragen. Komme niemand auf die Idee, die große Zeit des Sozialismus sei vorbei. Folgende Arbeitsanweisung finden wir in dem Klett-Geschichtsbuch „Zeitreise 3: Imperialismus/Sozialismus“ (2007, S. 44-47) unter dem in einer chinesischen Buchhandlung ausgestellten Bild, das Marx, Engels, Lenin und Mao zeigt:

„Wie verhält sich das Bild zu der Behauptung, das Ende der UdSSR bedeute auch das Ende des Sozialismus?“

Die Schüler sollen wohl angesichts des Bildes schlussfolgern, der Kommunismus sei lebendig wie eh und je. Plumper geht es kaum. Eine aufgeklärte Reflexion über

das politische System Chinas wird diese Frage freilich nicht anstoßen.

Geht es ums Thema Umweltschutz, ist der Feind der Umwelt regelmäßig ausgemacht: der Kapitalismus. Doch dagegen kann man etwas tun. So werden die Schüler im Ethiklehrbuch „Verantwortlich leben: Freiheit, Verantwortung und Solidarität (7/8)“ unter der Überschrift „Tu was!“ dazu aufgefordert, aktiv zu werden (Militzke, 2007, S. 73). Die Adresse von Greenpeace wird praktischerweise auf der gleichen Seite mitgeliefert. So wichtig das Thema Umweltschutz auch sein mag – die unkritische Werbung für einzelne politische Organisationen gehört nicht in Schulbücher. Wie groß wäre wohl der Aufschrei, wenn ein Schulbuch für die European Students for Liberty werben würde? In einem anderen Ethikbuch wird recht apodiktisch von „der totalen Ausbeutung der Natur“ gesprochen („Abenteuer Ethik 2 9/10“, C.C. Buchner, 2008, S. 66).

Dass Jugendliche in Schulbüchern beeinflusst werden, ist schwarz auf weiß nachzulesen.



In unserem Webshop finden Sie drei Untersuchungen zum Thema – unter der Internetadresse: <https://shop.freiheit.org>



Die Schulbuchverlage zeigen keine Spur schlechten Gewissens: So rechtfertigte der Klett-Verlag die Darstellung des falschen Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in einem Deutschlandfunk-Interview mit den Worten, diese Darstellung sei ja nur „ein Blickwinkel“. Der Bildungsalltag in Deutschland sieht so aus: Schulbücher geben tendenziell die Mehrheitsmeinung der Lehrer im jeweiligen Fach wieder. Denn Lehrer sind auf vielfältige Weise in den Prozess der Schulbucherstellung eingebunden, sind oft selbst Autoren bestimmter Abschnitte. Zudem entscheiden meist die jeweiligen Fachkonferenzen an den Schulen darüber, welche Bücher angeschafft werden und welche nicht. In vielen Bundesländern müssen Schulbücher zudem staatlich zugelassen werden, bevor die Schulen sie im Unterricht verwenden dürfen.

Fazit: Wenn freiheitsfeindliche Einstellungen das Ergebnis einer aufgeklärten Willensbildung sind, dann müssen wir damit umgehen. Es darf jedoch nicht sein, dass falsche Behauptungen, Emotionalisierungen und tendenziöse Darstellungen gesellschaftlicher Themen in Schulbüchern zur Entstehung solcher Einstellungen beitragen. ●



JUSTUS LENZ ist Leiter Haushaltspolitik bei *Die Familienunternehmer/ Die Jungen Unternehmer*. Er hat für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Darstellung wirtschaftlicher Themen in Schulbüchern untersucht. redaktion@libmag.de



Auf Gedeih und Verderb

Die Weichen für den Bildungserfolg werden im Vorschulalter gestellt. Das bestreitet niemand mehr. Für den Bildungsforscher Professor Klaus Hurrelmann ist es jetzt höchste Zeit, daraus politische Konsequenzen zu ziehen. // TEXT // **KLAUS HURRELMANN**

Etwa 200 Milliarden Euro werden in Deutschland Jahr für Jahr umverteilt, um Ehepaare mit und ohne Kinder zu unterstützen. 200 Milliarden Euro an Kindergeld, Kinderfreibeträgen, Kinderzuschlag, Elterngeld, Steuererleichterungen bei überdurchschnittlich hohen Kosten der Kinderbetreuung, Kinderzuschlägen bei der Riester-Rente, Ausbildungsfreibeträgen, dazu die Mitversicherung der Kinder in der Krankenversicherung, Beitragsreduktionen für Eltern bei der Pflegeversicherung und viele andere Programme mehr. Das hat vor einem Jahr ein Expertengremium aus verschiedenen Forschungsinstituten errechnet.

Diese Programme zeigen alle das gleiche Strickmuster: Familien mit Kindern sollen finanzielle Unterstützung erfahren, um ihren im Grundgesetz in Artikel 6 festgelegten Auftrag erfüllen zu können: „Erziehung und Pflege der

Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ Die Formulierung eines solchen Auftrags in einer Verfassung dürfte es kaum noch einmal auf der Welt geben. Unter dem Eindruck des totalitären Regimes der Nationalsozialisten, das dem Staat weitgehende Interventionen in das Familienleben ermöglichte, waren die Verfassungsgeber gegenüber öffentlichen Eingriffen in das Familienleben äußerst skeptisch geworden und verankerten im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein monopolartiges Erziehungsrecht der Eltern.

Das Ergebnis: Kinder in Deutschland sind im wahren Sinn des Wortes „auf Gedeih und Verderb“ auf ihre Eltern angewiesen. Von der Idee der Subsidiarität her sollen Mutter und Vater die einzig verantwortlichen Personen sein, die sich in den ersten sechs Lebensjahren um ihr

Wohl kümmern, um ihre Erziehung und ihre Bildung. Vorschuleinrichtungen, Kinderkrippen, Horte und Kindergärten sind nach dieser Idee nur ein Angebot für Krisen- und Notfälle. Erst mit dem sechsten Lebensjahr soll das Kind für einige Stunden des Tages in die (Halbtags-)Schule gegeben werden. Dort soll es eine kognitive und fachliche Bildung erhalten, während die Erziehung und die Persönlichkeitsbildung weiterhin Elternsache bleiben.

Dies führt dazu, dass in Deutschland der Bildungserfolg der Kinder so stark vom Elternhaus abhängt wie in kaum einem anderen Land der entwickelten Welt. Machen die Eltern ihre Sache gut, dann profitieren ihre Kinder davon, können eine starke Persönlichkeit entwickeln und ihre Leistungsfähigkeit in der Schule entfalten. Machen die Eltern ihre Sache schlecht, dann hat ihr Kind einen schweren Start ins Leben.

Trotz der ungeheuren Transfersummen an Ehepaare mit Kindern gelingt es im internationalen Vergleich noch nicht einmal befriedigend, materielle Armutslagen von Kindern zu vermeiden und ihre körperliche und psychische Gesundheit zu sichern. Indirekt wirken sich diese Faktoren noch einmal auf die Leistungsunterschiede der Kinder aus.

Alle vorliegenden Untersuchungen bestätigen: Das deutsche Modell der Familienpolitik sichert die erwünschte wirksame und nachhaltige „Erziehung und Pflege“ der Kinder nicht. Es ist falsch, den Eltern die absolute Monopolstellung bei der Erziehung, Pflege und Bildung der Kinder einzuräumen. Viele andere europäische Länder stellen den Eltern von Anfang an Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen zur Seite. Sie relativieren damit absichtlich den Einfluss der Eltern. Großbritannien, die Niederlande und die skandinavischen Länder, um nur einige Beispiele zu nennen, investieren anteilmäßig mehr in die vorschulische Erziehung und Bildung als in die Unterstützung von Familien. Sie sehen auch und gerade die öffentliche Vorschulerziehung und -bildung als einen integralen Bestandteil der Wohlfahrtspolitik an und geben ihr ein entsprechend hohes Gewicht.

Seit der Jahrtausendwende haben Bundesregierungen endlich damit begonnen, Elemente dieser Politik zu übernehmen. Der Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippen- und Kindergartenplatz und die gezielte Förderung von Ganztagschulen signalisierten diese Trendwende. Aber der neue Weg ist mühsam und die Pfadabhängigkeit der inzwischen über 130 Jahre alten Wohlfahrtspolitik groß.

International vergleichende Bildungsstudien haben drei strukturelle Merkmale herausgearbeitet, die den verhängnisvollen Effekt der sozialen Herkunft auf die Leistungsbilanz der Kinder abschwächen können:

1. Ein möglichst hoher Anteil von Kindern in den vorschulischen Bildungseinrichtungen
2. Ein möglichst langer Aufenthalt der Kinder in diesen Einrichtungen bei intensiver Abstimmung der Erziehungsimpulse zwischen Elternhaus und Einrichtung
3. Eine möglichst spät in der Bildungslaufbahn einsetzende Aufteilung der Kinder in unterschiedliche Schultypen nach ihrem bis dahin erreichten Leistungsstand

Jedes dieser Merkmale erhöht das Potenzial des Bildungssystems, die schulischen Leistungen bei allen Kindern, unabhängig von den Vorgaben des Elternhauses, aber immer in enger Abstimmung mit dem Elternhaus, zu verbessern. Auf diesem Wege werden zudem die Chancen, die Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung der Kinder aus unteren sozialen Herkunftsschichten vergrößert.

Moderne Bildungspolitik ist gezielte Förderpolitik für Kinder und eben nicht nur Finanzausgleich für den Elternhaushalt mit Kindern.



Moderne Bildungspolitik ist gezielte Förderpolitik für Kinder und eben nicht nur Finanzausgleich für den Elternhaushalt mit Kindern. Wir brauchen die materielle Basisabsicherung des Elternhaushaltes und zugleich die vorschulische Betreuung und Erziehung in Kinderkrippen und Kindertagesstätten und die Angebote von Kindergärten und Grundschulen auch am Nachmittag, weil sie die Förderimpulse der Eltern ergänzen. Je besser die öffentliche mit der privaten Erziehung abgestimmt ist, desto mehr profitieren die Kinder.

Und nicht zu vergessen: 20 Prozent aller Kinder erhalten in ihren Familien nicht die Anregungen und Unterstützungen, die sie für ihre körperliche, psychische, sprachliche, emotionale und intellektuelle Entwicklung unbedingt benötigen. Für sie sind die öffentlichen Bildungseinrichtungen überlebenswichtig. Ohne sie fallen sie früh zurück und sind nicht in der Lage, den Anforderungen des gesellschaftlichen Lebens gerecht zu werden. Es würde sich rechnen, von den vielen Milliarden Euro Transfergeldern für Ehepaare mit und ohne Nachwuchs einige für ein Vorschulangebot und eine frühkindliche Bildung für diese Kinder abzuzweigen. ●



KLAUS HURRELMANN ist Professor of Public Health and Education an der Hertie School of Governance in Berlin. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt in der Verbindung von Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. redaktion@libmag.de

Forsches Vergessen

Auch nach 25 Jahren deutscher Einheit ist der Autoritarismus in der DDR sozialisierter Lehrer präsent.

// TEXT // MARKO MARTIN



Längst zu Tode zitiert ist das William Faulknersche Diktum, nach dem die Vergangenheit nicht tot, ja noch nicht einmal vergangen sei. Die Berliner Republik nämlich gibt sich hip, Millionen Touristen bestaunen das Areal zwischen East Side Gallery und Checkpoint Charlie, posten ihre Smartphone-Bilder, nuckeln an nachhaltig produziertem Coffee to go. Doch auch die permanent Ansässigen dürfen der Illusion huldigen, das Vergangene sei längst Stein und Attraktion geworden - harmloser Grusel, ein historischer Kick.

Wer schulpflichtige Kinder hat oder nach einem Kita-Platz sucht, kann allerdings ganz schnell völlig andere Erfahrungen machen. Zynisch ausgleichende Gerechtigkeit: Häufig trifft es gerade jene ökologisch hyperbewussten Zuzügler aus den sogenannten alten Bundesländern, die sich im Prenzlauer Berg, im Friedrichshain oder im „Speckgürtel“ zwischen der Hauptstadt und dem brandenburgischen Umland eine neue, idyllische Bleibe geschaffen haben. Denn plötzlich wird ihr Nachwuchs - kommunikativ gewaltfrei erzogen und mit garantiert umweltverträglichen Lebensmitteln und Spielzeug gepäpelt - unerwartet rüde angeherrscht. Wenn alle aufs Töpfchen gehen, werden wir für dich keine Extrawurst braten. Egoistische Einzelgänger kann unser Klassenkollektiv nicht gebrauchen.

Autoritäre Kindergärtnerinnen mit ostentativ präsentierter DDR-Sozialisation, Lehrer mit realsozialistischem Schmiss, die noch heute von „BRD“ und „Hitlerfaschismus“ reden, jedoch plötzlich vor den Ferien kaum noch Zeit finden, die obligatorische „Unterrichtseinheit DDR“ abzuhandeln. Allzu überraschend sollte dies freilich nicht sein: Wer im Wendejahr 1989 im berühmt-berüchtigten „IFL“, dem DDR-Institut für Lehrerbildung, seinen Abschluss gemacht hatte, steht jetzt mit Mitte Ende vierzig in Saft und Kraft - und stammt statistisch mehrheitlich aus einem Elternhaus, das ebenfalls schon der ostdeutschen Funktionselite angehörte. Weshalb also sollten sich die aus solch hartleibigem Milieu Hervorgegangenen den sanften Diskursmodalitäten der Bundesrepublik anpassen? Man hatte es ihnen ja auch denkbar leicht gemacht: Außer besonders eklatant stasi- oder SED-belasteten Direktoren oder bejahrten Staatsbürgerkundelehrern übernahm der Staat nach 1990 en masse Lehrer in seinen Dienst. Die damalige Gewerkschaft GEW ließ gegen die „Zwangsdurchmischung“ demonstrieren: Weder sollten Ostlehrer in den Westen versetzt werden noch allzu viele Westlehrer in den Osten gehen. Taten es Letztere aus Idealismus doch, wurden sie nicht selten gemobbt. Prominentester Fall: der Westberliner Lehrer Peter Klepper, der vor der Hardcore-Mentalität in Lichtenberg bald wieder ins heimische Tempelhof flüchtete.

Wirklich schockierend aber ist etwas anderes: Bundesdeutsche Wohlfühlbürger scheinen erst dann aufzuwachen, wenn der eigene Nachwuchs die atmosphärischen Nachwehen der DDR-Ideologie zu spüren bekommt. Der totalitäre Charakter des SED-Staates, der unter Margot Honeckers Ägide vor allem im Bildungsreich peinlich darauf achtete, ein Gehorsamsmilieu wieder und wieder zu reproduzieren - er bleibt bis heute eher unbekannt, mögen ihn Wissenschaftler und Zeitgeschichtler inzwischen auch bis ins letzte Detail analysiert haben.

Bis in die Gegenwart hinein rächt sich, dass nach 1990 bundesrepublikanische Lehrpläne einfach übergestülpt wurden.



Bis in die Gegenwart hinein rächt sich, dass nach 1990 bundesrepublikanische Lehrpläne einfach übergestülpt wurden und westliche Bildungspolitiker ebenso naiv wie arrogant von einer gemeinsamen Wissens- und Wertebasis ausgingen. Wie aber sollten diejenigen, die dank ihrer geschmeidigen oder überzeugten Anpassung in einer Diktatur Lehrer geworden waren, nun das „Unrechtssystem der DDR“ plausibel analysieren? Der Autor dieser Zeilen, häufig auf Schulleseungen in den neuen Bundesländern unterwegs, wird immer wieder Zeuge, wie Schüler bedauern, dass zwischen den Themen Zweiter Weltkrieg und Brandtsche Ostpolitik kaum noch Zeit für jenen Staat bleibt, in dem ihre Eltern geboren und erzogen wurden.

Denn so anregend es auch sein mag, als Schullesestoff Bernhard Schlinks „Der Vorleser“ und Daniel Kehlmanns „Die Vermessung der Welt“ zu besprechen - und nicht mehr die masochistisch altbundesdeutschen Evergreens „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ und „Biedermann und die Brandstifter“ -, die Namen von DDR-Dissidenten wie Freya Klier, Jürgen Fuchs oder Erich Loest bleiben den Teenagern Hekuba. Dabei böte sich gerade Kliers äußerst lesbares Buch „Lüg Vaterland. Erziehung in der DDR“ für Lehrer und Schüler gleichermaßen an, über das Spannungsfeld zwischen Fanatismus, Opportunismus und tapfer bewahrtem pädagogischen Anspruch, den es selbstverständlich auch gab, zu diskutieren und ein wirkliches Generationsgespräch zu wagen. Genau das aber bleibt aus - auch nach einem Vierteljahrhundert sogenannter deutscher Einheit. ●



MARKO MARTIN, Jahrgang 1970, verließ im Mai 1989 als Kriegsdienstverweigerer die DDR und lebt als Schriftsteller in Berlin. Ende Juni erschien sein neues Buch „Madiba Days. Eine südafrikanische Reise“ (Wehrhahn Verlag).
redaktion@libmag.de

„Marx wäre heute in der FDP“

Ulf Poschardt ist Stellvertreter des Chefredakteurs der *WeltN24*-Gruppe und ein bekennender Liberaler. Als „der Fleisch gewordene Synergieeffekt, ein wandelndes Roundtabletreffen extremer Persönlichkeiten, die eines gemeinsam haben: den unbedingten Blick nach vorn“, bezeichnete ihn Cornelius Tittel schon vor 13 Jahren in der *taz*. Im *liberal*-Interview erklärt Poschardt, wie der Liberalismus mehr von dem entwickeln kann, was linke Politik als Markenzeichen hat: Charme. // INTERVIEW // **DAVID HARNASCH**

liberal: Herr Poschardt, reden wir erst einmal über Ihre linke Vergangenheit. Wie lässt sie sich in Ihr heutiges Dasein als Vollblutliberaler einordnen?

Poschardt: Vollblut klingt mir ein bisschen zu biologistisch. Aber Liberaler, klar. Meine linke Vergangenheit hilft mir. Am allermeisten hilft der Grundgedanke, mit dem ich aufgewachsen bin: Mach die Klappe auf. Lass dir nichts gefallen, schlag zurück!

Das ist tatsächlich ein Verdienst linker Eltern, auch beim Kollegen Fleischhauer, der einem sozialdemokratischen Elternhaus entstammt.

Genau. Auch meine Erziehung war in vielen Punkten ideologisch interessant. Meine linken Eltern haben mir ein Verantwortungsgefühl mitgegeben, das ist nach wie vor eine Kraftquelle für mich. Und natürlich wurde zu Hause von morgens bis abends über Politik geredet. Deswegen fühle ich mich nach wie vor wohl in diesen Milieus, sie sind mir vertraut. Und weil ich die Denkarbeit dieser Milieus so gut kenne, weiß ich auch, wo ihre neuralgischen Punkte sind und wo man bei Debatten richtig reinfuern kann.

Das muss für Linke sehr irritierend sein ...

Ja, man merkt, wenn man sie in ihrem punk-rocklinken Kampfsound angeht, dann sind sie ganz schnell irritiert. Auch auf Podien und Kongressen, wo Bürgerliche in der Regel als aggressionsgehemmt gecastet werden. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es kaum etwas Wichtigeres für einen Liberalen geben kann als die Marxlektüre. Es ist ein antiidealistisches Säurebad, in dem die Ökonomie im Vordergrund steht, und das ist etwas, was den Marxisten und den Wirtschaftsliberalen auf jeden Fall verbindet. Karl Marx hat das quasi-religiöse seiner sozialen Frage wegbekommen, indem er es zur Wissenschaft erklärt hat. Das hat natürlich den Charakter der größtmöglichen Anmaßung. Dieser Gestus der Anmaßung ist der Linken bis heute geblieben – in allen Facetten!

Warum haben Sie Marx dann so gerne lesen?

Weil es aufregend, anregend, ja in Gestalt des Kommunistischen Manifestes auch erregend ist. Der deutsche Idealismus wird auf die Füße gestellt und danach die Welt auf

den Kopf. Total irre. Aber die Kraft dieses Denkens, seine Energie kann abgezapft werden. Zudem hatte es etwas Heroisches an sich, das spricht einen ja besonders an, wenn man als Jugendlicher auf Sinnsuche ist. Zumindest wenn man ein Eckensteher war wie ich.

Und heute sind linke Veranstaltungen more sexy als liberale und bürgerliche?

Ja, ich finde schon, dass vielem in der Union oder in der FDP eine unangenehme Ausstrahlung des Arrivierten anhaftet.

Besonders bei der FDP bricht das doch gerade extrem auf ...

Stimmt! Die FDP als Loserpartei war zuletzt total geil. Weil jemand, der bei zwei Prozent in eine Partei eintritt, das weder aus Opportunismus noch aus Karrieregründen macht.

Ändert sich gerade die Wahrnehmung in der nicht gerade von Haus aus liberal eingestellten Öffentlichkeit gegenüber dem Liberalismus?

Ich glaube, wenn selbst Heribert Prantl schreibt, dass er irgendwas Liberales in

Deutschland vermisst, dann ist das ein Zeichen, dass sich da wirklich etwas zu ändern droht. Und ich glaube, dass durch die Große Koalition, den Kirchentag oder die öffentlich-rechtlichen Kommentierungen, durch diesen ganzen pampigen, fettgesäfigen Sozialdemokratismus auch so eine Sehnsucht nach etwas Leichtem, Liberalem aufkommt. Dass man diese Leichtigkeit mit der FDP assoziieren kann, ist natürlich auch ein Verdienst von Christian Lindner.

Inwiefern?

Zwischendurch war ich etwas ungläubig, ob aus dem, was er gerade anstellt, etwas werden kann: Berater, Werbeagenturen und so was ... Aber wenn man sich die letzten sechs, sieben Monate anguckt, dann finde ich es erstaunlich, wie gut das aufgeht. Es gibt eine neue Neugier auf die Liberalen - und die war davor komplett verschwunden, verstellt von Ekel und auch Empörung über diese nicht sonderlich tolle Leistung in den vier Jahren der Koalition. Und gleichzeitig gibt es auch ein wirklich tief empfundenes „Wir haben verstanden“-Signal, bis tief in den letzten Ortsverein. Die Devise lautet jetzt: Haltet den Ball flach, und tappt nicht wieder in eure Selbsterhöhungsfallen.

Ich habe den Eindruck, dass es auch im Feuilleton liberaler zugeht als noch vor vier Jahren. Das wäre doch eine gute Nachricht.

Ja, die Fronten brechen auf. Es ist schön, weil man sagen kann, jetzt lesen sie alle John Stuart Mill oder sie entdecken das Spätwerk von Foucault, wie er über die Freiburger Schule schreibt. Foucault, der ja immer eindeutig links verortet war.

Die spannende linke Auseinandersetzung hat meines Erachtens vor 40 bis 50 Jahren stattgefunden. Seitdem kommt es mir alles vorgedacht vor, als könne man sich das alles aus dem Baukasten zusammensetzen. »

Foto: H. Galuschka/dpa



ZUR PERSON

Ulf Poschardt ist Stellvertreter des Chefredakteurs der *WeltN24*-Gruppe. Er wurde 1967 in Nürnberg geboren, ist verheiratet und Vater zweier Kinder. 1995 erschien erstmalig das auf seiner Promotionsschrift basierende Buch „DJ Culture“, das der Tropen Verlag im August 2015 ergänzt um ein Nachwort von DJ Westbam erneut veröffentlicht. Zuletzt verfasste der bekennende Petrolhead mit „911“ eine kulturgeschichtliche Hommage an den Klassiker von Porsche.

Wenn man die soziale Frage als die linke Frage definiert, dann ist in Wahrheit viel dazugekommen, aber eher zivilgesellschaftlich. Weniger von Linken als von Megakapitalisten. Größere Humanisten als Bill Gates und Warren Buffett wird man nicht finden.

Also sind ein paar Großkapitalisten in den USA zugleich Treiber und Philosophen des globalen sozialen Fortschritts? Warum fällt die linke Antwort in Deutschland so dünn aus?

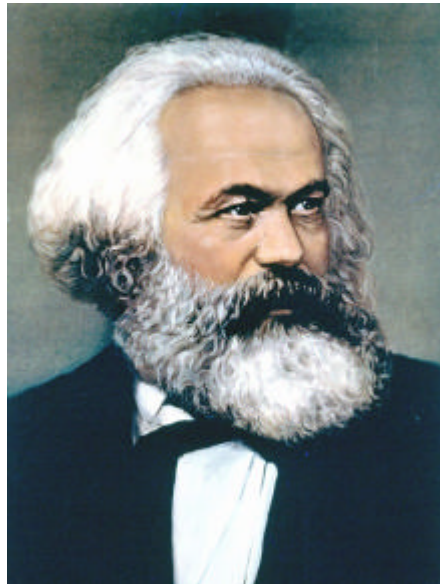
Das ist eine Mentalitätsgeschichte. Die heidegger'sche Angst hat das Linke eben auch erfasst, insbesondere, wenn man sich die linken Grünen ansieht. Deren zentrales Motiv ist die Angstmache vor der Apokalypse. Und das ist eigentlich überhaupt nicht links. Linkssein bis 1968 war immer auch ein Zuversichtsfanatismus. Den haben im Augenblick vor allem die Bürgerlichen. Insbesondere die Liberalen.

Wir umarmen den technischen Fortschritt, weil genau er die linken Ziele am weitesten nach vorne bringen kann?

Genau. Auch Marx hat bereits internationalistisch gedacht. Man hat an sehr vielen seiner Passagen gesehen, dass der moderne Kapitalismus auch die Rückständigkeit und die Verblödung zerstört. Wäre ich einer der jungen, kecken Neu-FDP-Werber, würde ich sagen: Marx wäre heute in der FDP. Auch, weil die soziale Frage durch Bismarck, die Sozialdemokraten und die soziale Marktwirtschaft aus ihrer Drastik befreit wurde. Marx wäre stolz auf das Erreichte. Aber vielleicht ist das ja nur eine blöde Werberidee.

Sind Linke gar nicht empfänglich für liberale Gedanken?

Doch, im Augenblick gibt es schon eine Empfänglichkeit für freiheitliche Gedanken. Aber wir müssen uns fragen: Wo sind die Hebel, wo können wir sagen: Wir brauchen emanzipatorische Entwicklung und Freiheitsmöglichkeiten als Treiber allen gesell-



„Marx wäre stolz auf das Erreichte. Aber vielleicht ist das ja nur eine blöde Werberidee.“

schaftlichen Fortschritts. Wer sind die emanzipatorischen Milieus? Wo ist der politische Liberalismus mit dem Aufbruchs- und Emanzipationswillen junger Migranten verzahnt, die hier Kapitalismus at its best machen? Diese Erfolgsgeschichten werden auch von Liberalen bislang zu wenig in ihr Narrativ eingearbeitet und ernst genommen. Da sind Frauen mit Kopftuch, die erfolgreiche Unternehmerinnen sind und Mercedes oder BMW fahren, die Verantwortung übernehmen für ihren Laden und für die zehn oder zwölf Leute, die sie anstellen. Ohne in Klischees zu verfallen, aber diese erfolgreichen Unternehmerinnen haben ein sehr klares Verständnis von Familienwerten und Eigenverantwortung. Sie sind eigenständig,

engagiert, wertorientiert, doch im Augenblick noch mit null Kontakt zu irgendwelchen liberalen bürgergesellschaftlichen Aktivisten.

Da gehört der Liberalismus aber hin.

Richtig. Aber damit nicht genug: Wo ist das feministische Narrativ im Liberalismus? Die FDP war lange verdienstvollerweise eine schwule Partei, schließlich spürt der Schwule an vielen Punkten, wie eng eine Gesellschaft werden kann. Aber es gibt leider keine liberale feministische Theorie.

Wenigstens gibt es ein paar Personen: Lenke Steiner, Katja Suding und Nicola Beer.

Gute Frauen, klar. Immerhin da liegt das bürgerliche Lager vorn: Ich glaube, in der Union ist es bereits Common Sense, das moderne Frauenbild zu transportieren. Merkel, von der Leyen, Christina Schröder sind vorzeigbare Role Models. Die SPD tut sich hingegen da noch schwer. Gerhard Schröder war der Vorzeigemacho. Sigmar Gabriel ist es auch. Und Nahles oder Schweig, die haben einfach nicht den Punch. Dennoch fehlt bei den Liberalen das theoretische Fundament. Es gibt ja einen Männerüberschuss in allen liberalen Vereinen - das perpetuiert das Problem.

Das Thema wird in liberalen Kreisen aktuell tatsächlich kaum diskutiert, hier dreht sich alles um Bildung.

Ja, das macht die FDP jetzt auch zu ihrem Thema, aber mir fehlen die konkreten Ansatzpunkte. Da müsste man in die Brennpunktschulen, wo sich das Elend durch Sozialstaatsverwahrlosung so aufgetürmt hat, dass eigentlich keine normale Intervention mehr eine Erfolgchance hat. Da gehören die besten Lehrer des Landes hin, die Debatte um die Rütli-Schule war hierzu ein Weckruf. Die Lehren daraus lassen sich beispielhaft generalisieren. Liberale müssten sagen können: „Das meinen wir mit Hilfe zur Selbsthilfe. Und Selbst-

ermächtigung.“ Die Bildung muss da Exzellenz liefern, wo die Schwächsten der Schwachen drohen, aus der Chance zur Selbstverantwortung verstoßen zu werden. Es braucht Hilfe für Schwache in einem antipaternalistischen Sound. Entscheidend für die Gesellschaft ist, was von der frühkindlichen Prägung bis zum Alter von 17 Jahren passiert. Wir sind ein so wohlhabendes Land, das muss man einfach hinkriegen! Die sozialdemokratische Sozialstaatspaternalisierung hat es ja offensichtlich nicht gebracht.

Haben Sie in aktuelle Schulbücher reingeguckt? Wie dort Wirtschaft erklärt wird?

Das ist völlig egal. Mir geht es um die total abgehängten Kinder, da muss man ran. Sehen Sie sich mal „Frauentausch“ auf RTL 2 an. Dort ist zu studieren, wie dünn ökonomisch die Grenzen zwischen Transfer empfangender Unterschicht und fleißiger, total selbstbestimmt lebender unterer Mittelschicht sind. Letztere sind einfach besonders beeindruckend. Die wohnen in einem bescheidenen, aber gepflegten Viertel, sind stolz und happy, während die Familie in der Sozialtransferplatte jede Form für Verantwortung hat fahren lassen. Die kriegen ein Kind nach dem anderen, es ist dreckig und voller Schimmel. So zumindest bei der Folge, die ich gestern verschlungen habe. Bei den Eltern ist der Zug schon abgefahren, und dann sieht man die Kinder und denkt: Oh Gott! Wenn man die da drin lässt, sind sie verloren. Das sage ich nicht, weil ich Sozialromantiker bin, aber das Schicksal dieser Kinder lässt mich nicht los. Die können nichts dafür. Wie kann man denen helfen, ohne sie in eine Hilfsbedürftigkeit hineinzuerziehen? Das ist auch eine Szenerie, in der ich mir wünsche, dass der Liberale dafür Verantwortung übernimmt. Dort gelingen oder scheitern Biografien, und auch die Idee von Freiheit, wie ich sie jedem Menschen wünsche. Vielleicht kommt diese Rührung aus meiner linken Vergangenheit. Das war auch das Großartige an sozialdemokrati-

schen Bildungsvereinen und Arbeiterkultur: Es war Dünger für eine gelingende Zivilgesellschaft. Ich würde es auch begrüßen, wenn die Linkspartei Schulen in Brennpunktvierteln aufbaut, so wie das Kirchen gerne tun. Egal, wenn die Kinder danach schwärmerische Kommunisten sind: Sie haben auf jeden Fall Rechnen, Schreiben, Lesen und Denken gelernt. Und wissen, dass es für das Leben eben stets eine Grundstruktur von Disziplin und Ehrgeiz geben muss.

Weil wenigstens die Grundfertigkeiten da sind?

Die Kulturtechniken sind dann da. Man hat Disziplin. Und Liberale müssen weitergehen und sich fragen: Wo bauen wir die biografi-

*„Lindner hatte
völlig recht,
Steuersenkungen
für die untere
Mittelschicht
zu fordern.“*



schen Portale, Schleichwege, Rennstrecken, die jemand nehmen kann, um zu einem gelungenen Leben zu finden?

Und wie macht man das im Diskurs glaubhaft?

Ein Beispiel: Lindner hatte völlig recht, Steuersenkungen für die untere Mittelschicht zu fordern, um deutlich zu machen: Auch wir sehen die Auseinanderentwicklung der Gesellschaft als problematisch! Das war völlig kongruent liberal gedacht. Ich bezweifle, dass der Staat als einziger Akteur handeln muss. Es kann ja auch zivilgesellschaftliches Social Engineering sein.

Zivilgesellschaftlich wäre die wahrhaft liberale Lösung ...

Wir brauchen schnell konkrete Projekte und müssen dafür die Bündnispartner in der Lehrer- und Rektorenwelt finden. Die Naumann-Stiftung kann vorangehen: Anstatt die x-te Veranstaltung zu John Stuart Mill zu machen, sollte sie auch mal Schulprojekte in den Städten durchführen, Naumann-Stipendien in die Schulen schicken, die sagen könnten: Das sind unsere Ideen. Der Liberalismus muss die soziale Frage auf seine Art beantworten können.

Oh je, klingt das jetzt alles linksliberal.

Stimmt. Und natürlich müssen dann auch für Leute wie mich die Steuern runter (lacht), aber ich warte gerne, bis es uns gelingt, Hunderten und Tausenden von Transferempfänger-Kindern zu gelingenden Schulbiografien zu verhelfen.

Okay, haben wir sonst noch was vergessen?

Ja, die Start-up-Unternehmer-Kultur als Reservoir fortschrittlicher Freiheitsideen, naturwissenschaftliche Forschung und das Zurückdrehen der Forschungsverbote in Deutschland und die verheerende Wirkung des säkularisierten Protestantismus in Deutschland. Aber darüber reden wir beim nächsten Mal. ●

Geheimdienst im Schatten

Dem deutschen Zoll haftet das Image einer trägen Behörde mit ein paar skurrilen Fällen an. Zu Unrecht: Die Fahnder bekommen immer mehr Aufgaben, Personal und damit mehr Macht. Bislang blieb das nahezu unbemerkt. Eine kritische Bestandsaufnahme.

// TEXT // **JAN C. KLEIN-ZIRBES**

Der Zoll: eine etwas bräsigte Behörde, die in TV-Dokusoaps am Flughafen Transportboxen mit exotischen Tieren abfängt oder bei Touristen eine Stange „vergessene“ Zigaretten aus dem Reisegepäck fischt. Dabei verschiebt sich der Schwerpunkt der Tätigkeit des Zolls mehr und mehr in dessen EDV-Abteilungen. Denn mit schöner Regelmäßigkeit kommen der Behörde neue Aufgaben zu - und die dazugehörigen Datenpakete gleich mit. Der Mindestlohn: ein bürokratischer Albtraum für Arbeitgeber. Die Umsetzung - kontrolliert der Zoll. Die Ausländermaut: ein peinliches Politikum für die CSU - Arbeitsfeld des Zolls. Die Fluggastdatenspeicherung: ein Datenschutzdesaster, initiiert aus Washington und Brüssel - Zuständigkeit: Zoll. Politische Diskussion über die neue Bundesdatenkrake Zoll? Gleich null.

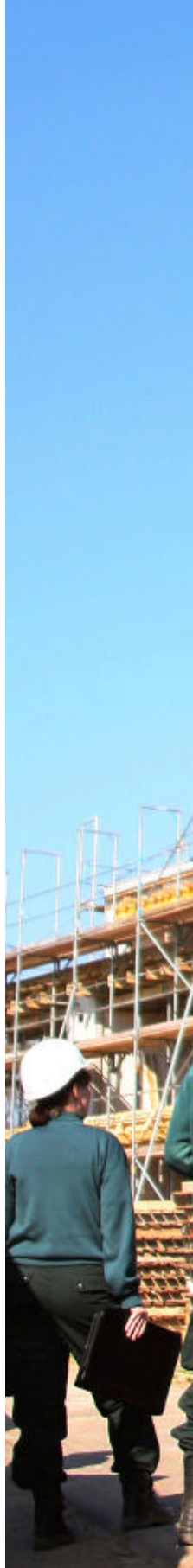
Damit die neuen Aufgaben zu bewältigen sind, kommt allerdings modernste Technik zum Einsatz: Der Bundesverkehrsminister erlaubt dem Zoll Kennzeichenüberwachung mittels Streaming und einer Software, die nicht nur Nummernschilder, sondern auch Gesichter erkennen kann. Wie erschreckend gut solche Software inzwischen funktioniert, erfuhren deutsche Facebook-Nutzer 2011, als sie sich in den Weiten des sozialen Netzwerks völlig korrekt markiert fanden auf Fotos, die sie nie zuvor gesehen hatten. Europäische Datenschützer liefen Sturm gegen die Gesichtserkennung. Facebook schaltete das Feature für den europäischen Raum aus - und arbeitete in den USA

an der Weiterentwicklung: Heute kann „Deep Face“ Gesichter in 97,25 Prozent aller Fälle erkennen. Menschen sind dabei millionenfach langsamer.

Nun geht es bei der Mautüberwachung ja „nur“ um die korrekte Identifikation von Ausländern, also habe der deutsche Auto- beziehungsweise Beifahrer ja nichts zu befürchten, heißt es. Es sei denn, das Zollkriminalamt hat irgendein Interesse am deutschen Auto- beziehungsweise Beifahrer: Dann ist der Zugriff auf diese Daten selbstverständlich frei. Auch Telekommunikationsbetreiber sind dem Zoll als Strafverfolgungsbehörde gegenüber auskunftspflichtig - genauso wie Landeskriminalämtern und dem Bundeskriminalamt. Sollte die geplante EU-weite Fluggastdatenspeicherung tatsächlich umgesetzt werden, bedeutete dies für die Zollbehörden einen weiteren unendlichen Steinbruch an Bewegungsprofilen. Derzeit können sie sich lediglich bei US-Reisenden an die Kollegen bei der US-Heimatschutzbehörde wenden - denn die Datenübermittlung läuft vereinbarungsgemäß in beiden Richtungen.

Was aber könnte überhaupt das Interesse des Zolls an einer Person wecken? Was Bauunternehmern vertraut ist, erwartet bald auch jeden anderen Arbeitgeber: Überraschungsbesuch von bewaffneten Beamten, gerne auch in martialischen Schutzwesten, die bitte schön sofort mal einen genauen Blick in die Bücher und auf die Ausweise aller Angestellten werfen dürfen und dabei nicht mit sich verhandeln lassen. Nicht die Polizei steht da vor der Tür

Fotos: F. Büttner/press, Privat



Der Zoll ist überall:

Der Kampf gegen Schwarzarbeit auf dem Bau war bislang ein Schwerpunkt der Behörde. Das hat sich längst geändert.



- es ist der Zoll, der die Arbeitgeber auf die Einhaltung des Mindestlohngesetzes kontrollieren soll. Auf den ersten Blick erscheint dies schlüssig, da er bereits für Schwarzarbeit auf dem Bau zuständig ist. Entsprechend kann der Zoll auch in die Bücher der Unternehmen Einblick nehmen, wenn er befürchtet, dem Staat gingen Einnahmen verloren.

Zugriff auf jede Menge Datenbanken

Bereits heute kann die FKS (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) auf die Datenbanken des polizeilichen Auskunftssystems POLAS/INPOL, das Informationssystem Deutscher Zoll (INZOLL), das Ausländerzentralregister, die Meldedaten der bundesweiten Einwohnermeldeämter, auf Kfz-Halterauskünfte beim Kraftfahrt-Bundesamt, das Bundeszentralregister, das Gewerbezentralregister, Bankauskünfte sowie Auskünfte der Rentenversicherungsträger hinsichtlich der Sozialversicherungspflichtigen zugreifen. Auf Anforderung senden die Finanzämter Steuerakten an die Kollegen beim Zoll, und auch die Bundesagentur für Arbeit hilft gerne mit Leistungsbescheiden aus. Der Gesetzgeber empfiehlt allen Arbeitgebern den Einsatz elektronischer Zeiterfassungssysteme, die dann automatisch mit den Finanzbehörden abgeglichen werden können: Es wäre doch schade, wenn nur wegen eines Flüchtigkeitsfehlers in der alltäglichen Betriebshektik irgendwelche Widersprüche in den Daten einen Verdacht begründen würden! Wer könnte diese Datenmassen bewältigen? Dafür werden dem Zoll zunächst 1.600 zusätzliche Stellen bewilligt, um hier mit der gebotenen Gründlichkeit arbeiten zu können.

Kommen die geplanten Änderungen, dann entsteht mit dem Zoll ein veritabler Schattengeheimdienst: eine Behörde, berechtigt zum Führen von Schusswaffen und Eintreten von Türen - freilich nur bei begründetem Verdacht -, die selbst zur vermutlich größten einzelnen Erhebungsstelle für Daten wird, jederzeit Amtshilfe anfordern kann und über so detaillierte Bewegungsprofile von so vielen Menschen verfügen wird wie keine andere, deren Tätigkeit nicht an lästigen Grenzen der Bundesländer enden muss. Und sie untersteht vor allem keinem parlamentarischen Kontrollgremium, lediglich dem ehemaligen Innen- und heutigen Finanzminister Wolfgang Schäuble. Und der wird vermutlich große Freude an seiner schlagkräftigsten Einheit haben. ●



JAN C. KLEIN-ZIRBES, Jahrgang 1968, Reserveoffizier, lebt in München, studierte Rechtswissenschaften in Bonn sowie München und sieht es zunehmend skeptisch, wie, gegen wen und was der Staat vorgeht. redaktion@libmag.de

Will Bürgermeister von Selfkant werden:
Jan-Frederik Kremer (2. v.r.)



Der Selfkant ist in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich. Als westlichste Gemeinde Deutschlands ist man Mitglied im „Zipfelbund“, einer Vereinigung der am nördlichsten, westlichsten, östlichsten und südlichsten gelegenen Kommunen Deutschlands (außerdem: List auf Sylt, Görlitz und Oberstdorf). Nach dem Zweiten Weltkrieg stand der Selfkant lange unter niederländischer Auftragsverwaltung. 1963 zahlte die Bundesrepublik 280 Millionen D-Mark für die Rückgabe. In diesem Sommer machte die knapp 10.000 Einwohner zählende Gemeinde erneut Schlagzeilen: Gegen den CDU-Bürgermeister Herbert Corsten tritt am 13. September für die SPD, die FDP, die Grünen und die Wählergemeinschaft Pro Selfkant ein gemeinsamer Kandidat an, der aus einem regelrechten Casting hervorgegangen ist: *liberal* hat sich mit Jan-Frederik Kremer (FDP) unterhalten, der hauptberuflich das Regionalbüro Nordrhein-Westfalen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit leitet.

Eine Gemeinde castet ihren potenziellen Amtschef – ein Freier Demokrat gewinnt.

INTERVIEW // **BORIS EICHLER**

liberal: Herr Kremer, Sie wollen Bürgermeister von Selfkant werden. Wie es dazu kam, ist eher ungewöhnlich. Liegen wir falsch, wenn wir von einem Bürgermeister-Casting sprechen?

Kremer: Absolut nicht, die Vertreter der vier beteiligten Parteien haben per Ausschreibung und Casting nach einem geeigneten Kandidaten gesucht. Sozusagen „Selfkant sucht den Bürgermeister“, nur zum Glück ohne singen zu müssen.

Wie sind Sie auf die Ausschreibung aufmerksam geworden?

Verschiedene Personen haben mich darauf hingewiesen, manche rieten mir, den Hut in den Ring zu werfen. Dabei hat es sicherlich nicht geschadet, dass auch die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in NRW überparteilich ist und bei vielen Partnern eine hohe Wertschätzung genießt.

BASISDATEN SELFKANT

Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Kreis	Heinsberg
Höhe	69 m ü. NHN
Fläche	42,09 km²
Einwohner	9.993 (31.12.2013)
Postleitzahl	52538
Gemeindegliederung	16 Ortsteile



WWW.JFK2015.DE
WWW.FB.ME/JFKSELFKANT

Was wussten Sie zu diesem Zeitpunkt über Selfkant?

Mit der Stiftung waren wir schon vorher in Selfkant zu Gast und die Region ist mir gut bekannt. Selfkant ist nicht nur eine Reise wert, sondern eine sehr lebenswerte Gemeinde mit einem aktiven Vereinswesen, toller Landschaft und Menschen, die sehr offenherzig sind.

Glückwunsch, Sie sind offenbar schon im Wahlkampfmodus. Aber im Ernst: Sie sind dort, jedenfalls noch, ein Fremder und im kommunalen Wahlkampf ist das klassische Kernargument „Einer von uns“. Der Amtsinhaber ist Eingeborener. Ein Startvorteil für ihn. Wie machen Sie den wett?

Da gebe ich Ihnen recht und das lässt sich natürlich nicht wegdiskutieren. „Einer von uns“ ist auch die einzige Kernaussage des Amtsinhabers, die er als Wahlargument anführt. Dem halten wir ein Versprechen für die Zukunft der Gemeinde entgegen. In vielen Terminen, Gesprächen und den sozialen Medien treten wir für eine ganz neue Art der Politik ein. In Zukunft sollen Transparenz, Offenheit, Mitwirkung, Fairness und moderner Sachverstand die Politik im Selfkant bestimmen. Es gibt viele Baustellen, aber noch mehr Chancen: so zum Beispiel, was Zukunftsperspektiven für junge Menschen oder eine professionelle Wirtschaftsförderung angeht. Mit Ehrlichkeit und Offenheit will ich die Selfkänder von diesen Ideen überzeugen. Sozusagen „Im Westen was Neues“.

Noch einmal zurück zum Casting. Wie darf man sich das vorstellen? Ihre Bewerbungsunterlagen wurden geprüft, Sie wurden eingeladen. Wie hat man Ihnen auf den Zahn gefühlt?

Die Bewerbungsunterlagen wurden von einer Findungskommission geprüft und beurteilt, dann gab es ein Casting-Gespräch, bei dem in verschiedenen Kategorien Punkte verteilt wurden. Dazu gehörten beispielsweise „Neues kommunales Finanzmanagement“, Führungserfahrung und kommunikative Fähigkeiten. Diese Professionalität und Seriosität des Verfahrens hat mich von Beginn an sehr beeindruckt. Das passiert leider bei der Auswahl der Kandidaten für so wichtige Wahlämter viel zu selten.

Hat man Ihnen auch verraten, warum die Opposition keinen Kandidaten in der Heimatgemeinde finden konnte?

Ja, natürlich. Wissen Sie, eine moderne Verwaltung vom Kaliber Selfkants hat die Größe und Bilanz eines mittelständischen Unternehmens, vielfältigste Aufgaben und sieht sich mit immer mehr und neuen Anforderungen konfrontiert. Moderne Verwaltung hat sich in den letzten 15 Jahren grundlegend gewandelt und damit auch die Rolle des Bürgermeisters. Den Parteien war es wichtig, hier jemanden mit der richtigen Persönlichkeit, Führungserfahrung und Kompetenz zu finden. Die Frage des Wohnortes war nicht ausschlaggebend. Außerdem wollte man auch bewusst jemanden mit einem frischen

und unverstellten Blick von außen haben, der unbelastet und ohne in Seilschaften gefangen zu sein die Gemeinde voranbringen kann. Aber eins ist auch klar: Wenn es mir hier nicht gefallen würde und ich mir nicht vorstellen könnte, hier meinen neuen Lebensmittelpunkt zu finden, hätte ich es nicht gemacht.

Wie haben Sie von der Zusage erfahren? Wie haben Sie reagiert?

Durch einen Anruf des Sprechers der Findungskommission. Danach haben wir uns direkt zu einem ersten Workshop zusammengesetzt. Ich war gerührt, habe mich sehr gefreut und auch ein wenig geehrt gefühlt.

Folgt nun einer unkonventionellen Kandidatenfindung auch ein unkonventioneller Wahlkampf?

In gewisser Weise schon: Neben vielen Angeboten der Mitwirkung und Diskussion wollen wir auch zeigen, dass Kommunalpolitik Spaß machen kann, ohne dabei unseriös zu werden. Es wird hier viele Maßnahmen und Projekte geben, die überraschen werden und zum Mitmachen einladen – das kann ich jetzt schon verraten. Dazu kommt eine ganz offene Form der Kommunikation.

Die da wäre?

Ganz banal: Jeder kann mich jederzeit anrufen unter der Nummer 0176/42 11 49 21. Ich habe auch vor Ort immer ein offenes Ohr und höre einfach zu. Auf unserer Website und bei Facebook lassen wir nicht nur über Ideen abstimmen und diskutieren, sondern binden diese Rückmeldungen auch wirklich ein. Wir leisten volle Transparenz bei den Einnahmen und Ausgaben des Wahlkampfes.

Gab es keine Schwierigkeiten mit Ihrer Herkunft aus dem FDP-Stall? Immerhin arbeitet sich die Partei erst wieder in Bereiche vor, in denen man sie en vogue nennen könnte ...

Überhaupt nicht, weder bei der Findungskommission noch bei den Mitgliedern der anderen Parteien, die mich einstimmig zu ihrem Kandidaten gekürt haben.

Sie erwähnten den zweisprachigen Wahlkampf. Das ist vermutlich dem Umstand geschuldet, dass Selfkant mehr Grenze zu den Niederlanden als zur deutschen Nachbarschaft hat ...

Absolut. Knapp 30 Prozent der Einwohner Selfkants sind Niederländer. Wir wollen ihnen ein Angebot machen, sich zu beteiligen und sie mitnehmen. Selfkant ist gelebtes Europa und gelebte Toleranz!

Wie sieht es bei Ihnen aus im Hinblick auf die Zweisprachigkeit?

Ich lerne fleißig Niederländisch, das ist also in Arbeit. Bis dahin helfen Deutsch und Englisch weiter. ●

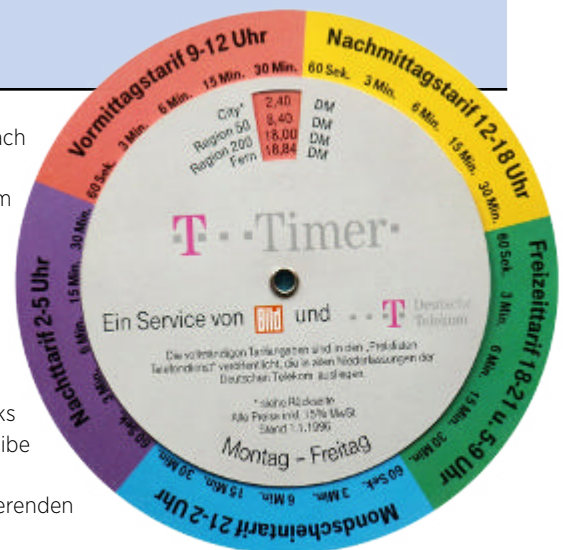
ZUR PERSON

- Geboren am 26. April 1986 in Essen, verheiratet, ein Sohn
- Studium der Geschichte und Politikwissenschaften in Bochum, danach Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Unternehmensberater
- Seit 2013 Leiter des Regionalbüros Nordrhein-Westfalen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Gummersbach
- Hobbys: Eishockey, American Football, Wandern, Reisen, Musik

FUNDSTÜCK

ICH DREH AM RAD

Eine halbe Stunde mit Mutti telefonieren für 18,84 Mark? Nein, das ist nicht der Telefentarif nach Scheitern des Euro, Rückkehr zur D-Mark und Hyperinflation. So viel kosteten 30 Minuten am Telefon vor gerade mal 20 Jahren – wenn Mutti mehr als 200 Kilometer entfernt wohnte. Beim Telefonieren Dauer und Entfernung des Gesprächspartners zu berücksichtigen, ist heute insbesondere für jüngere Handybesitzer mit Flatrate in alle Netze unvorstellbar. Die Grundgebühr kostete seinerzeit 24,60 Mark – dafür wurde der Festnetzanschluss zur Verfügung gestellt und sonst gar nichts. Inflationsbereinigt und umgerechnet gab es das billigste Telefonat zur Tageszeit, ein Ortsgespräch, für 10 Cent pro Minute. Da lohnte es sich, vor jedem Telefonat zu kalkulieren. Um das zu erleichtern, gab der damalige Telefonmonopolist, der Post-Nachfolger Telekom, solch drehbare Tarifröhner heraus. An denen wurde zwecks Ermittlung der Gesprächskosten gedreht, erst dann die ebenfalls längst antiquierte Wählscheibe der alten Apparate. Telefonieren ist inzwischen um ein Vielfaches leichter, billiger, und damit sozialer geworden: Heute gibt es einen privatisierten und offenen Markt samt eines funktionierenden Wettbewerbs.



WUTPROBE

Zu fihle Feela

// TEXT // JAN FLEISCHHAUER

// ILLUSTRATION // ERNST MERHEIM

Der scheffredaktör will, das ich ueber schraibn nach gehöa schraibä. Ich glaubä er ewatet das ich schraibä warum das kaine gute idä ist. Ich fuchtä, ich mus ihn entäuschn. Angäblich habn Kindä, die schraibn nach gehöa gelärnt habn späta schwirichkaitn mit där zäichnsetzung. Es sol schüla gäbn, di noch an där univärsität nicht wissen wi man spiln richtig schraibt. Aba ich finde man mus den gesellschaftlichn fortschrit im auge behaltñ.

Aus gutm grund habn wir uns abgewönt Mänschn zu diskriminieren, nur weil si etwas nicht so gut behärschn wi andere. Wo wir können, schafen wir barieren ab anstat neue zu erichtn. Was gibt es diskriminierend als Ortografi? Auch vile Ärwachsene, die noch nach dem alten sistem gelärnt habn, wisen nicht genau, wan man vor „und“ oder „oder“ ein Koma setzt oder wofüa das Semickolon gut ist. Deshalb sind sie keine dümeren oder schlächteren menschen.

Der versuch, sprache zu vereinfachn, hat eine lange traditsion. Schon die Achtunsäcksiger warn davon übazuegt, das Rächtschra-

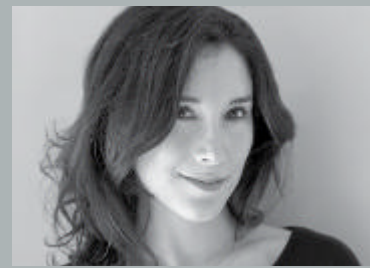
ibkritik Gesellschaftskritik ist. Wer gelärnt habe, das bei „brauchen“ ein „zu“ stehn mus, wärde auch die Vertäilun des Eigentums nicht in frage stelen, proklamirte der Sprachwissenschaftlr Sigfrid Jäger 1973 auf dem GEW-Kongres „vernünfiger schreiben“. Die Hofnung das man mit dem ende der Groschraibun auch das Groskapital erledign köne, hat sich inzwischen zwa gelägt, dafür abäitn die nachfolger jetzt an einer Humanisierung der welt durch das konsekwente schleifen von Bajärn.

Die Schule der Zukunft setzt auf anerkenunk statt Stigmatisierung, um den Übagang zur wirklich integratiwn gesellschaft zu schafen. Ales was schüla entmutigen könte, sol bald der Vergangnhait angehörn. Dem Värzicht auf das diktat folgt das värbot des sitzenbläibns. Nachdem die sächs im Zeuchnis iren schrekn schon verlorn hat, denkn ainige bundesländer üba di abschafung von noten bis zur achten klase nach.

Noch ist nich gans kla, wi sich ein land auf dauä in der Weltpitse haltñ wil, das dem wetbäwerb entsagt. Andersaits: Kan man derzeit nicht auch vil üba di Vorzüge ainer wende zum wenigär lesn? ●

Was macht euch Angst, ihr Väter, Brüder, Ehemänner?

Was ist so bedrohlich an einer freien Frau? Warum wird sie von der eigenen Familie und der muslimischen Gesellschaft so klein gehalten? Die Schauspielerin Sibel Kekilli hat die hier gekürzt abgedruckte Rede am 6. März im Berliner Schloss Bellevue auf einer von Bundespräsident Joachim Gauck und der Hilfsorganisation Terre des Femmes organisierten Veranstaltung gegen Gewalt im Namen der Ehre gehalten. Die Leser von *liberal* wählten sie dafür im April 2015 auf **libmag.de** zur „Autorin der Freiheit“.



ZUR PERSON

SIBEL KEKILLI kam 1980 als Tochter eines eingewanderten türkischen Ehepaars in Heilbronn zur Welt. Bekannt wurde sie durch ihre Hauptrolle in Fatih Akins Film „Gegen die Wand“ (2004). In der US-Serie „Game of Thrones“ spielt sie die Shae.

Stimmen auch Sie jeden Monat über die Autoren der Freiheit ab unter **libmag.de**.

Ich liebe meine Kultur. Auf dem Weg zu meiner Freiheit habe ich sie zu einem sehr großen Teil verloren. Für diesen Weg habe ich viel bezahlt. Er war lang, schmerzhaft und selbstzerstörend. Doch meine Vision war immer die Freiheit, um derentwillen ich mich sogar ab und zu verrannt habe. Trotzdem, ich war und bin nach wie vor bereit, das alles auf mich zu nehmen. Meinen eigenen Weg zu gehen kostet mich noch immer sehr viel Mut und Kraft – jeden Tag. Diese Kultur, in die ich hineingeboren wurde, ist voller Schätze, voller Wunder. Und – sie kann gnadenlos sein. Tagtäglich versuche ich, trotz Anfeindungen und Vorurteilen erhobenen Hauptes durchs Leben zu gehen. Ich habe kein Kapitalverbrechen begangen, trotzdem werden Menschen wie ich von einigen schlimmer behandelt als Mörder.

Den Männern dieser Kultur möchte ich heute sagen: Wieso könnt ihr Freiheit nicht einfach als Wert für alle anerkennen? Ihr müsst mich und meine Wünsche ja nicht unbedingt verstehen, sondern respektieren. Ich bin ein Individuum. Warum nur ist euch die Außenwirkung in der Gesellschaft wichtiger als das glückliche Leben eurer Tochter, Schwester oder Frau?

Wie würde es euch gefallen, wenn ihr so leben müsstet, wie ihr es von euren Frauen verlangt? Mit Zwängen, Vorschriften, unterdrückten Gefühlen, Notlügen und Ängsten? Was ist denn so bedrohlich

an einer freien Frau? Warum habt ihr Angst vor einer selbstbewussten Frau? Warum versteht ihr nicht, dass Freiheit nichts Bedrohliches hat, dass sie einem nichts tut, sondern nur eine Chance auf Selbstentfaltung bedeutet. Wie könnt ihr Toleranz erwarten, wenn ihr selbst nicht zu tolerieren instande seid?

Die Familie ist mächtig, die Tradition ist noch viel mächtiger. Wer den Mut aufbringt, gegen alle Widerstände zu kämpfen und sich loszureißen, hat anschließend nicht nur die Familie, sondern auch den öffentlichen Respekt verloren und lebt fortan schutzlos in der Gesellschaft.

Ist es das wert? Die eigene Identität, die Familie und den Kulturkreis einzutauschen gegen ein freies Leben? Denn genau das bedeutet es. Die bisher gelebte Identität abzustreifen.

Schon allein diese Fragestellung ist schizophren. Wer zwischen diesen beiden Welten wandert, unterliegt einem fast unmenschlichen Druck. Er macht einen buckelig, traurig, depressiv. Ich will mich und andere nicht belügen und alles versteckt machen, nur damit die Familie und der Kulturkreis mich hoffentlich irgendwie akzeptieren. Ich möchte ein selbstbestimmtes Leben führen, ohne mich dafür rechtfertigen zu müssen oder gesellschaftlich geächtet zu werden. ●







23. August 1990

Die lange Nacht des Beitritts

Gerade einmal neun Monate nach dem Mauerfall hatte die Volkskammer der DDR ihre wichtigste Sitzung: Am Abend des 22. August 1990 um 21 Uhr kamen die im März erstmals frei gewählten Abgeordneten in Berlin zusammen. Dabei ging es nicht in erster Linie um die Modalitäten der Wiedervereinigung Deutschlands – hier galt schon länger eine Mehrheit für einen Beitritt der DDR gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes als gesichert. Heftig umstritten war der Beitrittstermin. Insgesamt vier Varianten standen zur Diskussion. Immer wieder wurde die Sitzung unterbrochen, damit sich die Fraktionen abstimmen konnten. Im Sommer 1990 stand die DDR kurz vor dem wirtschaftlichen Kollaps. Das stärkte die Stimmen, die auf einen schnellen Beitritt drängten. Mitten in der Nacht einigten sich die Fraktionen von CDU/DA, DSU, Die Liberalen und SPD schließlich auf den 3. Oktober 1990.

Letzte Bausteine des Wiedervereinigungsprozesses waren dann die Unterzeichnung des Einigungs- und des Zwei-Plus-Vier-Vertrages. Gregor Gysi, Parteichef der zu diesem Zeitpunkt bereits zweimal umbenannten SED – im Dezember 1989 in SED-PDS, im Februar 1990 in PDS –, stellte erschüttert fest, das Parlament habe „soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 beschlossen“. Für den weitaus größten Teil der Menschen in Ost- und Westdeutschland war dieser Beschluss Anlass zu großer Freude.

Foto: picture-alliance/dpa

ICH SOLLTE ETWAS ANDERES MACHEN!



Du bist nicht allein

Exakte Zahlen gibt es nicht, aber Zehntausende junge Menschen brechen Jahr für Jahr ihr Studium ab – ein volkswirtschaftliches Desaster. Nun reagieren einige Universitäten und unterstützen Abbrecher beim Neustart. // TEXT // **CHRISTINE MATTAUCH**

Wie funktioniert eigentlich ein Unternehmen? Die Frage faszinierte Susanne Kreiske (Name geändert) schon während ihrer Schulzeit. Jetzt studiert sie im dritten Semester Betriebswirtschaft an der Uni Passau, aber die Erfolge bleiben aus. Das Fach ist ganz anders, als sie es sich vorstellte. Bei Prüfungen schneidet sie ziemlich schlecht ab. Wenn sie ehrlich ist, liegt ihr das ganze Studium nicht. Aber einfach aufhören? „Ich habe mich bis jetzt nicht getraut, diesen Schritt zu wagen“, schreibt die 20-Jährige ihrem Studienberater in einer E-Mail.

Es ist eine Situation, die jedes Jahr Zehntausende von Studenten in Deutschland erleben – vielleicht sind es sogar Hunderttausende. Exakte Zahlen gibt es nicht, weil nicht zentral erfasst wird, wer wann wo aufhört

und sich vielleicht neu einschreibt. Repräsentative Studien des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) in Hannover zeigen aber, dass 28 Prozent derjenigen, die sich für einen Bachelor einschreiben, das Studium nicht vollenden. Bei den Ingenieuren schafft gar nur jeder Dritte einen Abschluss, in Mathematik scheitern fast 50 Prozent.

Früher wurde das als Privatsache betrachtet, als persönliches Versagen, Selbstüberschätzung oder schlicht Mangel an Fleiß. Inzwischen wächst in der Gesellschaft die Einsicht: Wenn so viele junge Menschen scheitern, ist das auch ein wirtschaftliches Problem – eine gigantische Ressourcenverschwendung. Wie viele bleiben ihr ganzes Leben lang unter ihren Möglichkeiten, weil der erste Anlauf nicht klappte? Und was läuft eigent-

lich an den Hochschulen selbst verkehrt? „Die Universitäten haben ein Legitimationsproblem, wenn sie die jungen Leute vom Arbeitsmarkt abziehen und ohne Abschluss wieder ausspucken“, sagt Carola Jungwirth, Professorin für Internationales Management an der Universität Passau. Sie findet, dass die Hochschulen Studienabbrecher bei der Umorientierung unterstützen und alternative Perspektiven aufzeigen sollte – etwa in der betrieblichen Ausbildung, wo qualifizierte Bewerber häufig fehlen.

Neuer Mut zur Karriere 2.0

In Passau zeigen sie, dass das auch ohne Bürokratie und großes Budget möglich ist. Vor eineinhalb Jahren brachten Jungwirth und ihr Kollege Achim Dilling Studienberater, Vermittler der Arbeitsagentur sowie Vertreter der Industrie- und Handelskammer (IHK) Niederbayern und der Handwerkskammer (HWK) Niederbayern/Oberpfalz an einen Tisch. Die Initiative „Neustart – Karriere 2.0“ war geboren. Seit November 2014 fängt sie Studierende mit Problemen auf. Thomas Genosko, Leiter des Bereichs Berufliche Ausbildung bei der IHK, beschreibt den Ansatz so: „Jeder macht, was er am besten kann, wir arbeiten aber viel enger zusammen als früher.“

Es kostete Zeit, sich über Rollen und Erwartungen zu verständigen, aber nur wenig Geld: 1.800 Euro. Die wurden in einen Flyer investiert, auf dem alle Ansprechpartner stehen und alle Adressen und dessen pure Existenz den jungen Leuten schon Mut macht, weil er signalisiert: Du bist nicht allein, vielen geht es so wie dir, und wir sind darauf vorbereitet. „Auch für die Berater ist es leichter, wenn sie auf einen klaren Weg verweisen können“, sagt Jungwirth.

Susanne Kreiske war eine der Ersten, die von dem Projekt profitierte. Sie wandte sich Ende vergangenen Jahres mit ihren Sorgen an Dilling. Der 41-Jährige ist Fachstudienberater an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und häufig erste Anlaufstelle für Studenten, die sich eingestehen, dass sie die falsche Wahl getroffen haben. „Für viele bricht damit eine Welt zusammen“, weiß Dilling. Auch Kreiske war der Verzweiflung nah. „Es ist eine schwierige Zeit, wenn man merkt, dass es so nicht weitergehen kann“, sagt sie rückblickend. „Das ‚Neustart‘-Projekt kam für mich wie gerufen.“ Mit Dilling besprach sie die Alternativen, IHK und Arbeitsagentur vermittelten Kontakte zu Unternehmen. Inzwischen hat Kreiske einen Ausbildungsvertrag als Industriekauffrau bei einem mittelständischen Unternehmen der Metallindustrie. Im September beginnt ihre neue Karriere.

Ein Idealfall, findet Genosko. Nach hauseigenen Prognosen fehlen Niederbayerns Unternehmen bis zum



Kai Diekmann, geboren 1964, schrieb sich nach seiner Bundeswehrzeit 1985 an der Uni Münster ein. Sein Studium brach er ab, als er kurz darauf seine journalistische Karriere als Volontär beim Axel-Springer-Verlag in Hamburg begann.



Autoverleiher **Erich Sixt**, geboren 1944, studierte Betriebswirtschaftslehre in München. Das Studium brach er ab. Begründung: Es sei für den weiteren Verlauf seines Lebens „irrelevant“.



Steve Jobs, geboren 1955, hielt es 1972 nur ein Semester lang am Reed College in Portland aus. Zunächst arbeitete er bei Atari als Spieledesigner. Im Jahr 1976 gründete er dann mit Steve Wozniak die Firma Apple.

INTERVIEW

„STUDIENABBRUCH IST KEINE KRANKHEIT“

„Wir brauchen hervorragend ausgebildete Leute, die in der Lage sind, den Anforderungen des Fachs gerecht zu werden.“

LIBERAL: Mehr als ein Viertel der jungen Leute, die sich für ein Bachelor-Studium einschreiben, verlassen die Hochschule ohne Abschluss.

Muss sich Deutschland Sorgen machen?

ULRICH HEUBLEIN: International gesehen gibt es Länder mit einer beträchtlich höheren Studienabbruchsquote, etwa Schweden oder die Niederlande, und es gibt welche mit einer deutlich niedrigeren – in Asien oder auch in England. Allerdings sind die Bildungssysteme schwer miteinander vergleichbar. In England trägt jeder Student mit einer erheblichen Gebühr zur Hochschulfinanzierung bei. Es ist klar, dass das erfolgserhöhend wirkt.

Studienabbruch ist in einem offenen Bildungssystem jedenfalls nichts Ungewöhnliches – keine Krankheit, die man ausmerzen könnte oder müsste. Gerade in einer Lebensphase des Heranwachsens müssen Fehlentscheidungen und Umorientierungen möglich sein. Aber wenn die jungen Leute zu einem großen Anteil scheitern – weil sie sich selbst im Wege stehen, weil sie nicht genügend Unterstützung erhalten, weil sie die Finanzierung nicht packen, dann haben wir ein Problem.

Was läuft verkehrt? Brauchen wir pädagogische Schulung für Dozenten?

So schlicht kann man die Sache leider nicht greifen. Ich versuche einmal am Leistungsproblem die Komplexität darzustellen: Für die betroffenen Studierenden ist es bezeichnend, dass sie mit ungenügenden Voraussetzungen an die Hochschule kommen. Das Kernproblem dabei lautet Mathematik. Es gelingt uns als Gesellschaft nicht, dass Schule und Hochschule so miteinander kommunizieren, dass Standards und Anforderungen klar definiert sind. Hinzu kommt, dass sich Studierende in technischen Fächern stärker von extrinsischen Motiven in ihrer Studienwahl leiten lassen ...

... es geht ihnen mehr um Sicherheit oder Karriere?

Ja, und es ist ihnen weniger wichtig, mit welchen Inhalten sie sich beschäftigen. Wer so darangeht, hat

immer die schwächere Motivation, eine schwierige Phase durchzuhalten und Defizite aufzuholen.

Die andere Seite ist, dass die Institution Hochschule oft zu wenig tut, um den jungen Leuten eine Identifikation zu vermitteln. Die Lehrenden sind die entscheidenden Agenten der Fachkultur, ob sie wollen oder nicht. Ob sie sich hinstellen und sagen: In fünf Jahren fahren Sie Taxi, oder ob sie sagen: Sie haben das tollste Fach gewählt, das es überhaupt gibt.

Was halten Sie von Initiativen, die Studienabbrechern helfen wollen?

Das ist vom Ansatz her nicht verkehrt. Es darf allerdings nicht mit der Hoffnung verknüpft sein, dass Zehntausende junger Leute als Reserve für die betriebliche Ausbildung bereitstehen. Das hieße ja, dass die früher Probleme gehabt hätten, unterzukommen. Das ist aber nicht der Fall. Wir beobachten ein halbes Jahr nach Studienabbruch keine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, das heißt, die Leute finden irgendwas – auch wenn es nicht immer optimal sein mag.

Eins muss bei aller Diskussion klar sein: Unakzeptabel wäre, wenn das Niveau des Studiums nachlassen würde. Wir brauchen hervorragend ausgebildete Leute, die in der Lage sind, den Anforderungen des Fachs gerecht zu werden.



ZUR PERSON

Ulrich Heublein,

Leiter des Projektbereichs Studienabbruch/Studienerfolg beim Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Hannover über die Gründe fürs Scheitern, fehlende Bildungsstandards und Lehrende als Agenten der Fachkultur



Julian Assange, geboren 1971, studierte die Fächer Physik und Mathematik in Melbourne - ohne jedoch einen Abschluss zu erlangen. Seit 2006 ist er für WikiLeaks aktiv - unentgeltlich. Nach eigener Aussage hat er „im Internet Geld verdient“.

Jahr 2020 etwa 9.000 Fachkräfte. „Studienabbrecher sind eine von mehreren Gruppen, die helfen können, die Lücke zu schließen“, sagt Genosko. Auch das Handwerk umwirbt die verhinderten Akademiker - allein in Niederbayern und der Oberpfalz suchen innerhalb der nächsten zehn Jahre rund 10.000 Betriebe einen Nachfolger. „Vom Campus in den Chefessel - das ist die Perspektive, die das Handwerk bietet“, sagt Kurt Negele, der bei der HWK die Abteilung Berufliche Bildung leitet.

Geht es nicht weit über die Aufgaben der Hochschule hinaus, sich um die zu kümmern, die gehen wollen? Jungwirth hat darauf eine klare Antwort: „Die Universität sollte den Begabtesten vorbehalten sein. Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir unsere Ressourcen auf etwas anderes konzentrieren als auf die Spitzenausbildung.“ Wenn es gelinge, die „Inspirierten von den Unmotivierten zu trennen“, dann nutze das auch der Alma Mater selbst.

Mit „Switch“ in die Ausbildung

Auch an anderen Hochschulen gibt es Versuche, Studierende bei der Neuorientierung zu begleiten. In Trier zum Beispiel unterzeichneten in diesem Januar Uni, Arbeitsagentur, HWK und IHK eine Kooperationsvereinbarung. In Aachen wiederum, einem Mega-Hochschulstandort mit 56.000 Studenten, wurde 2011 die städtische Wirtschaftsförderung aktiv. Sie gründete die Agentur „Switch“. Die bietet Studienabbrechern verkürzte Ausbildungen, etwa zum Fachinformatiker, an und vermittelt auch gleich an Unternehmen. 170 Exstudenten absolvierten bislang über Switch eine Lehre - kein einziger sprang ab.

Eine andere Frage ist, ob Reformen möglich sind, die von vornherein verhindern, dass so viele junge Menschen ihr Studium abbrechen. Das ist nicht einfach, denn Studienabbruch ist ein komplexes Phänomen mit vielen Ursachen (siehe Interview links). Doch Weitermachen wie bisher ist auch keine gute Lösung - für die betroffenen Studenten nicht und auch nicht für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

In Baden-Württemberg erproben derzeit mehrere Hochschulen flexible Studienprogramme, die individuell auf unterschiedliche Bedürfnisse zugeschnitten werden. In Esslingen etwa können angehende Ingenieure den ersten Studienabschnitt mit Grundlagenfächern wie Mathe, Physik und Elektrotechnik verlängern. Es gibt Tutorien, E-Learning und Coaching. An der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Informatik in Heilbronn sprechen Fach- und Lernberater gezielt Risikostudenten an und schließen mit ihnen eine Lernvereinbarung ab.

Einen anderen Ansatz hat der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) mit seinem Projekt

„Maschinenhaus“: Verbandsexperten entwickelten für die Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik ein Referenzmodell zur Verbesserung der Studienergebnisse. „Mehr Erfolg im Ingenieurstudium ist machbar“, ist VDMA-Präsident Reinhold Festge überzeugt. Dass sich ein Wirtschaftsverband so massiv in den Studienbetrieb einbringt, ist neu und zeigt, wie groß die Sorge um den Nachwuchsmangel in technischen Berufen ist. Die VDMA-Experten helfen den Hochschulen auch, das Konzept in die Praxis umzusetzen. Seit 2013 haben sie 31 Fakultäten beraten. Es gibt eine kostenlose „Toolbox“ und einen mit 100.000 Euro dotierten Preis für gute Lehrkonzepte.

Der VDMA rührt damit auch an ein Tabu: die fehlende pädagogische Qualifikation von Hochschuldozenten. Dass Professoren, die unterrichten, ihren Stoff didaktisch versiert und persönlich engagiert vermitteln, ist noch immer eher die Ausnahme als die Regel. Im Vergleich zur Forschung wird die Lehre im Wissenschaftsbetrieb meist unterbewertet. Das ist auch Susanne Kreiske in Erinnerung geblieben. „Manche Professoren rissen die Theorie einfach nur runter, gaben nicht einmal Beispiele“, sagt sie im Rückblick. „Wie soll man sich da mit einem Fach identifizieren?“ ●



CHRISTINE MATTAUCH, freie Journalistin in München, spielte während ihres VWL-Studiums angesichts überfüllter Hörsäle und arroganter Professoren öfter mit dem Gedanken, abzubrechen. Sie verbrachte so wenig Zeit wie möglich an der Hochschule. Für einen Abschluss reichte es am Ende trotzdem.
redaktion@libmag.de

BROT UND SPIELE

Die fußballfreie Zeit ist zu Ende, die Bundesliga startet in eine neue Saison. Doch das wirtschaftliche Fundament der Eliteklasse ist im Vergleich zu anderen Nationen dünn. Damit ist das Ende des deutschen Sonderwegs in Sicht.

// TEXT // **RALF KALSCHUR** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Die Fans des englischen Fußball-Erstligisten Hull City AFC sind Kummer gewohnt. Ihr Verein ist nicht erfolgreich, ihre Stadt nach deutschen Bombardements im Zweiten Weltkrieg wahrlich nicht schön: „Hull is dull“. Wenn der „Tigers“ gerufenen Elf ein Tor gelingt, singen die Fans in den Rängen „You’re getting mauled by the Tigers“ zur Melodie von „Guantanamo“. Dabei formen sie ihre Finger zu Krallen und kratzen vor sich in der Luft herum. Einige fletschen beim Singen sogar katzenhaft die Vorderzähne. Die Posen erinnern zugleich an Bauerntheater und Kinderschminken. Im Macho-Kontext der stiernackigen britischen Fußballfankultur entfaltet das ungewöhnliche Fangebaren zum Rumbarrhythmus eine ganz besondere Komik. Es gibt YouTube-Videos davon mit Hunderttausenden Aufrufen.

Assem Allam, ein britischer Geschäftsmann, der in der Gegend um die Mündung des Humbers zu Wohlstand gekommen ist, übernahm den Verein 2010. Der gebürtige Ägypter will aus Hull City AFC eine internationale Fußballmarke formen, eine ernstzunehmende Premier-League-Macht. Doch Fans, die stolz das AFC-Trikot tragen, blieben ein seltener Anblick in Asien und anderswo außerhalb der Stadtgrenzen Hulls. Da hatte Allam eine Idee: Der Begriff „City“ sei miserabel und gewöhnlich, sagte der 75-Jährige, der Mangel an Zuneigung für Hull in der Welt daher kein Wunder. Um die Vermarktung seines Produkts zu optimieren, beantragte Allam 2013 beim nationalen Fußballverband FA eine Namensänderung. Aus Hull City sollten die Hull Tigers werden.

1904 wurde der Hull City AFC gegründet. Dass man auf der Insel zuweilen über sie lacht, mochten die Fans noch ertragen, aber nun stand die Identität ihres traditionsreichen Clubs auf dem Spiel. Die Fanbewegung „City Till We Die“ organisierte heftige Proteste an den Spieltagen und Märsche durch die Stadt. Der englische Fußballver-

band (FA) lehnte die Namensänderung im April 2014 schließlich ab. Verärgert stellte Assem Allam sein Fußballunternehmen über Nacht zum Verkauf, klagte jedoch gleichzeitig gegen das Urteil der FA. Im September 2014 wurde ein Schiedsgerichtsverfahren in der Sache eröffnet. Allam ist noch nicht am Ende - und ebenso wenig der Albtraum für Fußballfans in Kingston upon Hull.

Englische Verhältnisse führen zu Mondpreisen

Es sind abschreckende Beispiele wie dieses aus England, auf die die Chefs der Mehrheit der 36 Profivereine der ersten und zweiten Bundesliga mahnend verweisen, wenn es um die Aufweichung der 50-plus-1-Regelung geht (siehe Kasten). In Deutschland gehört der Fußball noch den Fans: Die Mehrheit der Anteile am Profibetrieb muss beim Mutterverein bleiben. Und in dem haben die Mitglieder das letzte Wort. Die Klubs haben sich verpflichtet, die Ticketpreise sozialverträglich zu gestalten, damit auch einkommensschwache Gruppen ihren Platz im Stadion behalten können. Die gefürchteten „englischen Verhältnisse“ hingegen haben in der Premier League zu Mondpreisen geführt. Die Dauerkarte bei Arsenal London kostet mehr als 1.200 Euro, bei Bayern München ist sie ab 140 Euro zu haben. Viele Premier-League-Clubs brauchen die Ticketerlöse, denn die Gehälter ihrer kickenden Topstars sind pro Kopf auf bis zu 20 Millionen Euro angestiegen. Zum Vergleich: Mit einer ähnlichen Summe wird der Bundesliga-Aufsteiger Darmstadt 98 in der neuen Saison seine gesamte Mannschaft finanzieren.

Die Stars sorgen für die internationale Vermarktbarkeit der Premier League. Die Offenheit für Investoren hat überdies dafür gesorgt, dass mehrere Spitzenclubs um den Titel spielen können. Befürworter des englischen Systems belächeln die „FC-Bayern-Liga“ und vergleichen den recht vorhersehbaren Meisterschaftsausgang



50PLUS1-REGELUNG

Deutsche Besonderheit: Der DFB und die DFL schreiben in ihren Satzungen vor, dass der Mutterverein „50 Prozent zuzüglich mindestens eines weiteren Stimmanteils in der Versammlung der Anteilseigner“ halten muss, um sich für die Bundesligalizenz zu qualifizieren. Die Regelung ist weltweit einzigartig und soll verhindern, dass Spekulanten und ausländische Investoren die Mehrheit der Anteile an den in Kapitalgesellschaften ausgelagerten Profiabteilungen der Klubs erwerben können.

Eine Ausnahmeregel gilt für die beiden Werksklubs Bayer Leverkusen und VfL Wolfsburg, traditionell hundertprozentige Töchter der Bayer AG beziehungsweise der Volkswagen AG. Die Stichtagsregelung besagte: „Über Ausnahmen in solchen Fällen, in denen ein Wirtschaftsunternehmen seit mehr als zwanzig Jahren vor 1999 den Fußballsport des Muttervereins ununterbrochen und erheblich gefördert hat, entscheidet der Vorstand des Verbandes.“

Hannover 96 klagte vor dem DFB-Schiedsgericht auf Chancengleichheit mit den Werksklubs und erwirkte 2011 den Wegfall der Stichtagsregelung „vor 1999“. Die 20-Jahre-Sperrfrist läuft für Martin Kind, der den Profifußball bei Hannover 96 seit 1997 fördert, zur Saison 2017/2018 ab. Im Fall des Bundesligisten TSG Hoffenheim hat die DFL bereits eine Ausnahme von der 50-plus-1-Regelung genehmigt. Dietmar Hopp übernahm zum 1. Juli 2015 die Mehrheit an der Hoffenheimer Fußball-Spielbetriebs GmbH.

für die übermächtigen Münchner mit der schottischen Ein-Team-Liga. Die erste englische Liga wird weltweit von mehr Menschen gesehen als die Bundesliga, die spanische Primera División und die italienische Serie A zusammen. Triumphierend meldete das Boulevardblatt „Daily Mail“ im vergangenen Jahr, dass das abgestiegene Schlusslicht der Premier League, Cardiff City, in der Vorsaison doppelt so hohe Einnahmen aus dem nationalen TV-Geschäft erzielt habe wie Bayern München. Ein Etappensieg.

Das englische Fußballprodukt ist global so begehrt, dass bei der neuerlichen Ausschreibung der TV-Rechte ein Bieterwettstreit zwischen den Sendern British Telecommunications und Sky ausbrach. Heraus kam im Februar ein Rekord-Deal, der sogar die Premier-League-Bosse baff machte. Für die drei Spielzeiten 2016 bis 2019 wird die Liga 6,9 Milliarden Euro von den beiden TV-Anstalten kassieren - allein für die Live-Übertragungen in Großbritannien. Die Auslandsvermarktung soll zusätzlich 2,6 Milliarden Euro einbringen - Einnahmen durch Bewegtbilder im Internet und Zusammenfassungen exklusive. In der Liste der 40 weltweit reichsten Clubs fehlt ab 2016 wohl keiner der 20 englischen Erstligisten. Der deutsche Profifußball gerät in diesem ungleichen Wettbewerb immer weiter ins Hintertreffen. Für die Spielzeit 2016/17 erwartet die Bundesliga 835 Millionen Euro. Gerade mal 75 Millionen Euro davon bringt die Auslandsvermarktung der Liga des amtierenden Weltmeisters ein.

Die Financial-Fairplay-Regelung (FFP), die von der Uefa zu Beginn der Saison 2013/2014 eingeführt wurde, soll dabei helfen, den fairen Wettbewerb wiederherzustellen und eine Überschuldung der Vereine zu verhindern. In einer Übergangsphase dürfen die Ausgaben die Einnahmen nicht um mehr als 45 Millionen Euro übersteigen. Eignern wie Roman Abramowitsch in Chelsea oder Scheichs wie Mansour bin Zayed Al Nahyan in Manchester City, die bislang »

INTERVIEW

KULTUR BEWAHREN

Der Unternehmer **Martin Kind** hat erstritten, dass Investoren Bundesligavereine übernehmen dürfen. Zur Saison 2017/18 wird der Profifußball in Hannover einer Gesellschaftergruppe mit Kind an der Spitze gehören. Dietmar Hopp hat bereits von der Ausnahmeregelung profitiert und die TSG Hoffenheim übernommen. Die Fans fürchten den Ausverkauf des deutschen Fußballs. Zu Recht?



Spendabel: Martin Kind (rechts) hat den Erfolg von Hannover 96, Dietmar Hopp (links) den der TSG Hoffenheim ermöglicht.

Liberal: Herr Kind, Sie haben jahrelang allein und letztlich erfolgreich für eine Änderung der deutschen Sonderregelung „50-plus-1“ gekämpft. Sind Sie etwa kein Fußballromantiker?

MARTIN KIND: Ich habe großen Respekt vor den Zuschauern und den Fans und akzeptiere auch die unterschiedlichen Sichtweisen. Ich bin jedoch verantwortlich für ein Fußballunternehmen und muss mich an die Spielregeln halten, die der Markt entwickelt hat. Auch die Zuschauer und Fans mögen keinen Misserfolg.

Was gefiel Ihnen denn nicht an der Sperrklausel „50-plus-1“?

Die Vorgeschichte ist, dass der Deutsche Fußball-Bund (DFB) den Ligaverband und die Deutsche Fußball Liga (DFL) gegründet hat. Die DFL ist eine eigenständige GmbH – also eine Kapitalgesellschaft. Die Gesellschafter sind die Vereine der Ersten und Zweiten Bundesliga. Parallel zu dieser Entscheidung wurde es auch den Bundesligavereinen ermöglicht, die steuerpflichtigen Profiabteilungen in die Rechtsform eines Wirtschaftsunternehmens auszugliedern. Verbandsrechtlich wurde additiv die 50-plus-1-Regelung beschlossen. Diese besagt, dass die Mehrheit der Anteile an den Profiabteilungen beim Mutterverein bleiben muss. Diese Regelung

ist eine deutsche Besonderheit, die man international so nicht kennt. Diese Rechtslage erschwert deutlich die Kapitalbeschaffung.

In Ihrer Amtszeit als Präsident hat sich Hannover 96 innerhalb von rund zehn Jahren aus der Drittklassigkeit zu einem etablierten Bundesligisten mit Ambition auf die europäischen Plätze emporgearbeitet. Nun könnte man meinen, dass die Investorenbeschränkung durch die DFL gar nicht so tragisch ist ...

Wir sind mit der Entwicklung zufrieden. Erlauben Sie mir jedoch den Hinweis, dass bei Hannover 96 schon deutlich Kapital zugeführt wurde. Der Fußballmarkt entwickelt sich permanent weiter. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft sicherzustellen, war die Modifikation der 50-plus-1-Regel notwendig. Wesentliche Kapitalgeber wollen Einfluss nehmen auf die Besetzung der Geschäftsführung, die Genehmigung des Haushalts und die Genehmigung der Investitionen. Sie wollen keinen Einfluss auf operative Entscheidungen.

Dietmar Hopp beispielsweise fördert die TSG 1899 Hoffenheim schon seit weit mehr als 20 Jahren großzügig. 240 Millionen Euro sollen bereits geflossen sein. Dafür wurde der Milliardenär in manchen Stadien unflätig beschimpft. Viele Fans fürchten durch Ihre Initiative den Einzug „englischer Verhältnisse“, den Ausverkauf des Sports an Scheichs und Spekulanten. Eine berechtigte Sorge oder German Angst?

Die öffentliche Diskussion über „böse Investoren“ ist unglücklich. Es ist doch so: Der Verein hält die Anteile und es liegt in seiner Verantwortung, an wen er diese Anteile veräußert. Im Gesellschaftervertrag von Hannover 96 sind alle diese Fragestellungen geregelt. In Hannover sind ausschließlich Personen und Unternehmen aus der Stadt und der Region Hannover engagiert. Weitere Entscheidungen sind nicht geplant. Für die Zuschauer und die Fans ändert sich gar nichts. Wir spielen in einer attraktiven Fußballarena. Wir spielen in der Ersten Bundesliga. Das Ticketpreisniveau ist moderat. Diese Kultur wollen wir bewahren.

Sie haben einen Präzedenzfall geschaffen und die 50-plus-1-Regelung quasi mit einem Verfallsdatum versehen. Warum haben Sie sich damit zufriedengegeben? Experten sehen in der Investorenbeschränkung einen Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit.

Das Urteil ist ein gutes Urteil, ein Kompromiss. DFB, DFL und die Vereine können auch künftig Veränderungen gemeinsam gestalten.

Was hindert Sie und andere Investoren daran, Ihre Anteile nach der Übernahme meistbietend weiterzuverkaufen? Sollte es überhaupt Regeln geben, die dies verhindern?

Die deutsche Fußballkultur unterscheidet sich von der englischen und anderen. Aus diesem Grunde empfehle ich der DFL, eine Regelungstiefe zu definieren, wie etwa eine Haltefrist von zum Beispiel zehn Jahren. Damit ist jegliche Spekulation ausgeschlossen.



ZUR PERSON

DER AUFSTEIGER

Martin Kind, 70, ist Gründer und Eigentümer der Kindgruppe, ein Mischunternehmen mit Zentralsitz in Großburgwedel bei Hannover, das weltweit 2.400 Mitarbeiter beschäftigt. Der Hörgeräte-Akustik-Meister und Kaufmann entwickelte 1970 aus dem elterlichen Hörgeräte-Fachgeschäft ein Filialunternehmen mit heute 570 Standorten in Deutschland und 100 weiteren weltweit. 1997 übernahm Martin Kind als Präsident die Verantwortung bei Hannover 96. Der Verein spielte damals drittklassig und war praktisch bankrott. Kind professionalisierte die Strukturen, förderte den Klub über sein Unternehmen finanziell und führte Hannover 96 zurück in die Erste Bundesliga. In seiner Amtszeit, die mit einer einjährigen Unterbrechung bis heute andauert, wurde das alte Niedersachsenstadion zur modernen WM-Arena umgebaut. In der Saison 2010/11 qualifizierten sich die Roten erstmals seit 1993 wieder für einen europäischen Wettbewerb.

zusammen fast zwei Milliarden Euro in Spieler investiert haben, ist es nicht erlaubt, die Verluste aus der eigenen Tasche auszugleichen. Kritiker behaupten, dass die milliarden schweren Eigner ihre Klubs über Umwege weiterhin pöppeln werden, indem sie ihr Geld den Sponsoren zufließen lassen. Die finanziell überwiegend gesunde Bundesliga begrüßt FFP als Schritt in die richtige Richtung, doch mehr Geld bringt ihr die Regelung, die zunächst bis 2018 erprobt wird, auch nicht ein.

Fußballvereine stehen unter Zugzwang

Dem Volkssport Fußball wird in Deutschland eine hohe gesellschaftliche Verantwortung aufgebürdet. Und das hat ordnungspolitische Konsequenzen. Nach dem Debakel der Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft 2000 schrieb der Deutsche Fußball-Bund (DFB) den 18 Erstligisten vor, zur Saison 2001/2002 Leistungszentren für den kickenden Nachwuchs einzurichten. Alle Clubs wurden im Zuge des Lizenzierungsverfahrens dazu gezwungen, hauptamtliche Jugendtrainer einzustellen und Infrastrukturen für die Jugendförderung zu schaffen – vom Rasenplatz mit Flutlicht bis zum Massage-raum. Ein Jahr später galten ähnliche Verpflichtungen auch für die Fußballunternehmen der Zweiten Bundesliga.

Der Eingriff in die Investitionsentscheidungen der Clubs hat dazu geführt, dass die Profiabteilungen vergleichsweise weniger Geld für die Kaderplanung ausgeben konnten als die internationale Konkurrenz. Langfristig hat vor allem die Nationalmannschaft von den Maßnahmen profitiert, die sich heute zahlreicher gut ausgebildeter Talente bedienen kann. Die Vereine sind verpflichtet, ihre Spieler für internationale Einsätze abzustellen.

Doch das Gesicht der Bundesliga wird sich verändern. Das Ende des deutschen Sonderwegs „50-plus-1“ kommt langsam, aber sicher in Sicht (siehe Interview). Schlecht muss das nicht sein, außer vielleicht für die Nationalmannschaft. Investoren sind am Erfolg ihres Fußballunternehmens interessiert, und nicht zuvorderst daran, deutschen Jungkickern Spielminuten zu verschaffen. Die DFL wird dann Regeln definieren müssen, die die Traditionspflege der Marken gewährleistet. Kein Verein muss sich verkaufen. Doch das Geld von Audi in Ingolstadt, von Dietmar Hopp in Hoffenheim oder von Dietrich Mateschitz in Leipzig wird allzu leicht von denen verachtet, die schon einen Platz in der Liga der Fans haben. ●



RALF KALSCHOUR ist freier Autor und lebt in Berlin. Der Bayern-Anhänger freut sich über jeden Titel für die Münchner. Er meint aber, die Bundesliga sollte es besser nicht zur Gewohnheit werden lassen, die Meisterschaft schon mehrere Spieltage vor Schluss abzuschenken. kalscheur@ktgb.de



Über Natürliches

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Alle lieben die Natur. Doch die wenigsten kennen sie. Eine einseitige Liebe. Die Natur jedoch nicht zu lieben ist gemäß dem Zeitgeist des frühen 21. Jahrhunderts moralisch nicht akzeptabel. So ist aus der Natur etwas Ähnliches geworden wie aus dem Frieden und der Gerechtigkeit. Jeder ist dafür, aber jeder stellt sich etwas anderes darunter vor.

Die Inanspruchnahme der Natur als Bezugspunkt ist heute verbreiteter denn je. Kosmetik, Nahrungsmittel, Medizin, Reisen, Kleidung und zahlreiche andere Produkte werden mit dem Verkaufsargument angepriesen, sie seien besonders natürlich. Wer in öffentlichen Debatten irgendetwas in ein schlechtes Licht rücken will, muss nur behaupten, es sei unnatürlich oder gar „gegen die Natur“.

Pflanzengentechnik sei unnatürlich, kann man immer wieder lesen. Deutschland ist mittlerweile eine gentechnikfreie Zone. Von den Grünen bis zur CSU, vom bayerischen Dorfpfarrer bis zur Berliner Szeneköchin sind sich alle einig, dass die Gentechnik gegen die Natur sei. Doch wer sich ein wenig mit Biologie befasst, weiß, dass auch die herkömmliche Pflanzenzüchtung eine Kulturtechnik ist, von menschlichem Geist ersonnen, um Wildpflanzen in Lebensmittel umzuwandeln.

Die Unterstellung, eine neue Methode sei unnatürlich, kam bei der Gentechnik nicht zum ersten Mal auf. Auch die Pasteurisierung von Milch stieß anfangs auf Ablehnung, weil sie unnatürlich sei. Es

gab Zeiten, da galt es als wider die Natur, dass Frauen Fahrrad fahren, studieren oder einen Beruf ausüben.

Besonders im Bereich der Sexualität wurde von jeher mit der Natur argumentiert. 1968 veröffentlicht Papst Pius VI. seine Enzyklika „Humane Vitae“, die als Pillen-Enzyklika bis heute berühmt ist. Er verurteilt darin die Empfängnisverhütung und bezieht sich dabei ausdrücklich auf die Natur. Das „gesamte Sittengesetz“, heißt es in der Humane Vitae, spreche gegen Familienplanung. Dieses ungeschriebene Gesetz sei „natürlich“.

Bei einem Papst könnte man annehmen, dass er das „Sittengesetz“ für „göttlich“ erklärt statt für „natürlich“. Aber das ist für viele Menschen schon fast das Gleiche. Die Natur ist gut. Nur der Mensch ist schlecht. Selbst Naturkatastrophen werden nicht mehr der Natur angelastet, sondern gelten als Folge menschlichen Frevels.

Dieses Muster zeigt sich mit steter Regelmäßigkeit, wenn Stürme oder Überschwemmungen reflexhaft mit der menschengemachten Klimaerwärmung erklärt werden. Obwohl die historischen Daten über solche Unwetter gar keine Verschlimmerung belegen und im Gegenteil ähnliche oder noch schlimmere Ereignisse aus der Vergangenheit dokumentiert sind.

Typisch für solche Idealisierung der Natur ist die aktuelle Debatte um die Rückkehr der Wölfe. Es hat sich eine Sichtweise durchgesetzt, die kaum weniger irrational ist als das altbekannte Märchen vom



bösen Wolf. Vor dem muss uns der heldenhafte Jäger schützen, damit wir nicht alle gefressen werden.

Der aktuelle Zeitgeist stellt Wölfe dagegen als vollkommen harmlose Tiere dar, die grundsätzlich Menschen meiden und sich höchstens irrtümlich mal an Weidetieren vergreifen. Dass sie jedoch längst nicht so menschen scheu sind wie behauptet, konnte man bereits in einer BBC-Naturdokumentation aus den 1990er-Jahren sehen: Sie zeigte, wie Wölfe nachts so lässig durch rumänische Großstädte trotten wie die Füchse durch Berlin.

Natürlich stimmt es, dass die Gefahr, die von Wölfen oder anderen wilden Tieren ausgeht, gering ist. Verglichen mit dem Straßenverkehr oder anderen Alltagsrisiken, an die wir uns gewöhnt haben. Doch auch die Gefahr, durch einen Bombenanschlag ums Leben zu kommen, ist in Europa klein. Dennoch ist es sinnvoll, potenzielle Terroristen im Auge zu behalten und genau aufzupassen, was sie tun.

Ich finde es gut, wenn wir uns in Deutschland an die Koexistenz mit großen Tieren, auch Raubtieren gewöhnen. Schließlich belehren wir gern andere, dass sie es tun sollen. Wie Afrikaner mit Elefanten, Norweger mit Walen oder Kanadier mit Robben umgehen sollten, wissen manche Deutsche immer ganz besonders gut. Es ist durchaus möglich, in einem dicht besiedelten Land mit Wölfen, Luchsen, Elchen und anderen Großtieren zu leben. Die Bevölkerungsdichte

Westdeutschlands entspricht der Indiens, ein Land, in dem wilde Elefanten und Tiger akzeptiert werden.

Beim Wolfs-Management geht es nicht um die Tiere, sondern um die Menschen. Damit die sich sicher fühlen, müssen die Wölfe scheu bleiben. Scheu bleiben sie, wenn man die, die sich zu nah an Menschen wagen, vorsichtshalber abschießt.

Der Verweis auf die Natur hilft da nicht weiter. Ein Wolf verhält sich vollkommen natürlich, wenn er Weidetiere reißt. Die Natur taugt für uns Menschen weder als Vorbild noch als Maßstab. Wir verhalten uns widernatürlich, wenn wir Wölfe schützen, Energie sparen oder Verhütungsmittel benutzen. Und das ist gut so. ●

MICHAEL MIERSCH ist seit November 2014 Geschäftsführer beim „Forum Bildung Natur“ des Bildungszweiges der Deutschen Wildtier-Stiftung. Zuvor war der Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autorenblogs *Die Achse des Guten* Ressortleiter Forschung beim Magazin *Focus*.
Website: www.miersch.media miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de



BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Wie keine andere Auseinandersetzung beschäftigt der Nahostkonflikt Medien und deren Rezipienten in Deutschland und Europa. Dabei steht die Vehemenz der vertretenen Meinung oft in auffälliger Korrelation zum Mangel an Information über diesen uralten, hochkomplexen und von gänzlich widersprüchlichen Narrativen geprägten Konflikt. Der Büroleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Jerusalem hat in diesem kompakten Werk den Versuch unternommen, die aktuell häufigsten Fragen konkret zu beantworten und die letzten Eskalationsrunden historisch sowie völkerrechtlich einzuordnen. Dabei gelingt es ihm, schwierige

Recherchen, zum Beispiel zur Frage der Wasserverteilung oder zur internationalen Finanzierung der Palästinensischen Autonomiebehörde, auf kurze, maximal informative und verständliche Kapitel herunterzudestillieren. Eine Pflichtlektüre für jeden interessierten Tagesschau-Zuschauer und Oberstufenschüler, aus der auch einige Nahostkorrespondenten noch lernen könnten.

David Harnasch

WALTER KLITZ

**Hinter den Schlagzeilen –
die vergessenen Fakten zum
israelisch-palästinensischen Konflikt**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
2015, 79 S., kostenfrei, nur als E-Book in
verschiedenen Formaten erhältlich



Warum verlässt einer seine Wertüberzeugungen, wenn sie ihm doch bisher Orientierung und Halt im Leben gegeben haben? Rainer Hank war, wie er schreibt, mal „links“. Er stellt in diesem beeindruckenden Buch seine „Gewissensbisse“ bei seiner Konversion von einem Linken zu einem Liberalen dar. Das bringt ihn dazu, seinen heutigen liberalen Standpunkt ausgesprochen klar zu formulieren und zu begründen. Hank sieht die Unterscheidung der politischen Denkrichtungen als weiterhin wichtig an. Er stellt aber die Frage, ob denn die Politik der „Linken“ im Lande heute tatsächlich noch linken Idealen entspricht. Sein Fazit: „Meine liberale Weltanschauung meint heute, dass sie die linken Ziele von damals besser retten und bewahren kann als die

Linken.“ Er habe sich allerdings, so Hank, „auf dem Weg vom Linken zum Liberalen eher radikalisiert“ und vermisse im politisch organisierten Liberalismus die „staatskritische, antiautoritäre, anarchistische Seite“ und das „ungestüme Freiheitspathos des linken Aufbruchs der siebziger und achtziger Jahre“. Eindeutige Leseempfehlung für Noch-Linke und Noch-nicht-Liberale, aber auch für Bereits-Liberale – mit dem Hinweis: Achtung, dieses Buch kann Ihr Bewusstsein verändern ...

Thomas Volkmann

RAINER HANK

**Links, wo das Herz schlägt.
Inventur einer politischen Idee**
Albrecht Knaus Verlag,
München 2015; gebunden,
256 S. (mit Anm.), 19,99 EUR



A portrait of Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, a woman with short blonde hair, wearing an orange blazer and a colorful beaded necklace. She is smiling and standing in front of a background of white and grey horizontal stripes.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Vorstandsmitglied Friedrich-Naumann-Stiftung

für die Freiheit

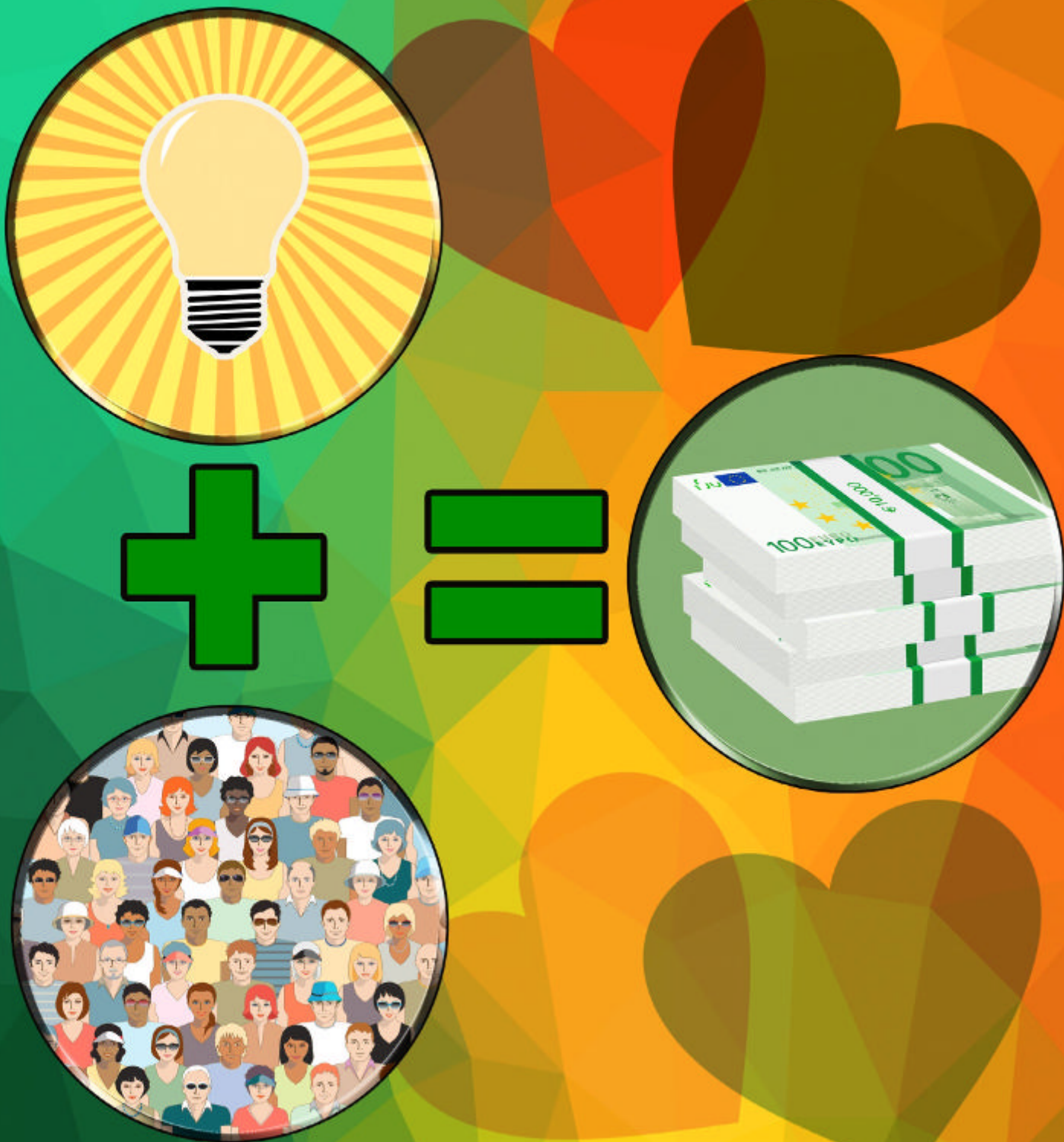
Digitale Freiheit braucht Engagement

Vorratsdatenspeicherung, NSA, breit angelegte Sammlungen privater Daten bei Behörden und Unternehmen – die Freiheit der Bürger in der digitalen Welt wird durch Überwachung und Datenausbeutung stranguliert.

Deshalb hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit www.freiheit-digital.de eine neue Informationsplattform ins Netz gestellt. Sie weist den Weg zu einem Internet, in dem Privatsphäre, Selbstbestimmung und Datenschutz zählen.



[freiheit-digital.de](http://www.freiheit-digital.de)



COOLE KOHLE

Wer Gutes tun will, kann sich das Kapital heute im Internet besorgen. Die Netzgemeinde belohnt soziale Projekte und spornt die Eigeninitiative an. Erreicht bürgerschaftliches Engagement eine neue Dimension?

// TEXT // CHRISTINE MATTAUCH

Raphael Draeger dankte seinen Investoren: „Ihr seid wunderbar.“ 10.920 Euro waren zusammengekommen - eine schöne Stange Geld für einen 18 Jahre alten Schüler. Die hatte Draeger nicht per Spendenbüchse in der Fußgängerzone gesammelt, sondern im Internet.

Auf einer Plattform namens Startnext hatte der junge Münchner beschrieben, was er und sein Mitstreiter Thomas Schmidt sich ausgedacht hatten: In der ganzen Stadt soll es Lastenräder geben, die sich Nutzer kostenlos ausleihen können, um Koffer, Kästen oder auch Kinder zu transportieren. 183 Leser fanden das gut, spendeten zwischen acht und 850 Euro und erhielten im Gegenzug kleine Belohnungen, zum Beispiel Fahrradklingeln. Ein klassischer Fall von Crowdfunding (Schwarmfinanzierung). „Damit kann man wirklich etwas bewegen“, schwärmt Draeger.

Bisher hat dieses Modell in Deutschland vor allem dann von sich reden gemacht, wenn sich Start-up-Firmen erfolgreich Kapital beschaffen. Die Idee wird jedoch auch bei sozialen Projekten immer populärer: Da gibt es die Lehrerin aus Bremen, die für 20 Skateboards sammelt, die Flüchtlingskinder selbst bemalen sollen. Oder die drei Bottroper, die einen „Inklusions-

ErlebnisBus“ für Menschen mit Behinderungen ausstatten wollen.

Nach einer Delphi-Studie wächst nicht nur der Crowdfunding-Markt in Deutschland rasant - bis 2020 jedes Jahr um rund 30 Prozent, auf 360 Millionen Euro. Auch der Anteil altruistischer Projekte steigt: von sechs auf neun Prozent. Und immer neue Plattformen werden gegründet. Sie heißen Socialfunders.org oder Respekt.net.

Diesen Sommer geht „Place2Help“ an den Start, eine Plattform, die lokale Bürgerprojekte anregen will. „Du hast eine Idee, die Deiner Stadt und ihren Menschen zugutekommt - im Großen wie im Kleinen? Dann bist Du hier genau richtig“, werben die Gründer Alexandra Partale und Dennis Darko, die zuvor schon andere Projekte auf die Beine gestellt haben. Pilotstadt ist München, wo die beiden unter anderem die Spar-da-Bank und den Software-Entwickler BörseGo als Sponsoren gewonnen haben.

„Es gibt ein wachsendes Interesse an Projekten, die als gesellschaftlich wertvoll angesehen werden“, sagt auch Anna Theil, inhaltliche Leiterin von Startnext. Das Berliner Jungunternehmen, gegründet 2010, richtete in diesem Januar die Rubrik „Social Business“ neu ein, in



Alexandra Partale und Dennis Darko: Mit ihrer neu gegründeten Plattform „Place2Help“ wollen sie in München lokale Bürgerprojekte auf den Weg bringen.

»



Radelnd zum Erfolg:

Raphael Draeger (r.) und Thomas Schmidt verleihen in München Lastenräder zum Nulltarif. Das Geld dafür haben die beiden per Crowdfunding im Internet gesammelt.

der auch Draeger für sein Lastenrad-Projekt warb. Bei der Visionbakery in Leipzig versteht sich fast jedes fünfte Vorhaben als sozial. Tendenz steigend, bestätigt Geschäftsführer Stephan Popp: „Gerade diese Projekte haben eine hohe Erfolgsquote.“

Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Deutschen - anders als Amerikaner - eher als Nation gelten, die bei Problemen nach dem Staat ruft, anstatt selbst die Ärmel hochzukrempeln. Die wachsende Beliebtheit des „Civic Crowdfunding“ signalisiert eine Wende in puncto bürgerschaftliches Engagement, meint Netzexperte Karsten Wenzlaff (siehe Interview).

Besonders ausgeprägt ist die digitale Einsatzfreude bei jungen Leuten, die ihre Umwelt und damit auch die eigene Zukunft gestalten möchten. So wie Draeger mit seinen Lastenrädern: „Wir wollen München etwas Gutes tun. Der Grundgedanke ist, den Kohlendioxid-ausstoß durch Mobilität zu reduzieren.“ Wer seine Sprudelkästen per Lastenrad vom Getränkemarkt holt, lässt das Auto stehen. Draegers Vision: In jedem Viertel steht ein Lasten-Drahtesel. Das über Crowdfunding gesammelte Kapital reicht dafür zwar noch nicht, aber die nächsten Räder, da ist er zuversichtlich, werden sich mithilfe von Werbepartnern finanzieren. Draeger: „Wir haben viele Ideen für Marketingaktionen.“

Für soziale Projekte, die Geld brauchen, bietet Crowdfunding eine neue Qualität: Die Idee lässt sich gut über soziale Medien wie Facebook und Twitter kommunizieren. Auf den Plattformen finden sie von vornherein ein aufgeschlossenes Publikum. Viele Unterstützer sind stolz auf ihr Engagement, bekennen

sich öffentlich dazu und sorgen so für einen Schneeballeffekt. „Wir haben sogar Fans in Namibia und Australien“, berichtet Draeger.

Die Sponsoren wiederum können sich am Bildschirm in Ruhe informieren. „Man merkt es einer Projektseite an, wenn ein Team wirklich begeistert ist“, sagt Popp. Attraktiv sind für viele auch die Belohnungen, wenn sie kreativ und lustig sind. Bei der Lastenräder-Initiative etwa gab es für 30 Euro die „CO₂-freie Lieferung einer Kiste gekühlten Biers“ - ein Angebot, das sich größter Beliebtheit erfreute.

Digital „Gutes tun“ liegt voll im Trend

Längst ist rund um das Thema „Gutes tun“ ein digitaler Kosmos entstanden. Vergleichsweise etabliert ist das sogenannte Crowd Donating, bei dem zum Beispiel jemand zugunsten einer Hilfsaktion für Erdbebenopfer einen Marathon läuft. Die Aktion Deutschland Hilft (ADH), ein Verbund renommierter Hilfsorganisationen wie Arbeiter-Samariter-Bund und Johanniter-Unfall-Hilfe, entschied 2010, auf ihrer Website eine Software einzubauen, die Privatleute für solche Aktionen nutzen können. Thilo Reichenbach, Leiter Media & Online bei ADH, erinnert sich an die Zweifel, ob das etwas bringt. „Heute ist es ein wichtiger Kanal, und wir sind sicher, dass er weiter an Relevanz gewinnt.“ Auch Betterplace.org, eine 2007 in Berlin gegründete Spendenplattform, zeigt den Aufschwung des Sektors: Sie brauchte sechs Jahre, um zehn Millionen Euro zu sammeln. Die nächsten zehn Millionen kamen innerhalb von 18 Monaten zusammen.

Es gibt Plattformen für Mikrokredite an Unternehmen in der Dritten Welt (Crowdlending) und solche, mit deren Hilfe im Freundeskreis gesammelt wird, etwa für einen kranken Verwandten (Friendfunding). Junge Firmen wie Elefunds entwickeln Software, mit der die Einkäufer in Online-Shops nebenbei Gutes tun können. Und neben traditionellen Unternehmen lassen sich über Crowdfunding neuerdings auch Gründer mit einem sozialen Anspruch finanzieren - ein Konzept, das in den USA bereits sehr populär ist.

Wer ein Crowdfunding-Projekt aufsetzt, muss einige Fallstricke vermeiden. Rechtlich handelt es sich, auch wenn es um eine gute Sache geht, um einen Kaufvertrag. Die Beiträge werden steuerlich als Einnahmen betrachtet, die Belohnungen als Ausgaben. Gewinn muss gegebenenfalls versteuert werden. Auch Umsatzsteuer kann anfallen. Liegt der Fall kompliziert, wie bei gemeinnützigen Vereinen ohne Zweckbetrieb, kann es sinnvoll sein, wenn an seiner Stelle eine Privatperson das Projekt startet. Weil das Konzept in

INTERVIEW

Bürgerschaftliches Revival mit Spaßfaktor



Interview mit **Karsten Wenzlaff**, Koordinator des Deutschen Crowdsourcing Verbandes und Geschäftsführer des Berliner Instituts für Kommunikation in sozialen Medien (ikosom)

Wenn heute jemand Gutes tun möchte, welchen Weg empfehlen Sie: einen Verein gründen? Oder eine Crowdfunding-Aktion starten?

Das ist doch kein Gegensatz. Die Schwarmfinanzierung wird oft von Gruppen genutzt, die manchmal lose, manchmal formal organisiert sind. Ohnehin funktioniert Crowdfunding am besten im Team. Die Rechtsform ist weniger bedeutend. Wichtig ist, dass es Spaß macht.

Deutsche galten, anders als Angelsachsen, bisher als wenig motivierbar für soziale Eigeninitiativen. Ändert sich das durch Crowdfunding?

Ja, das sieht man eindeutig an der Resonanz auf Projekte und die wachsende Zahl von Angeboten.

Warum wird das jetzt populär?

Viele Formen des Bürgerengagements erfordern einen langfristigen Einsatz. Über Crowdfunding lässt sich schnell, punktuell und mit einem geringen Betrag ein konkretes Projekt unterstützen. Die Hürden sind also viel niedriger. Zusätzlich sehen wir historische Zyklen. Mitte des 19. Jahrhunderts war schon einmal eine Periode, in der Bürger stark in die städtische Infrastruktur eingriffen und sie teilweise auch selbst finanzierten. Dann änderte sich der Zeitgeist und man glaubte stärker an zentrale Steuerung. Im 20. Jahrhundert lief die Gestaltung viel stärker von oben herab, über Verwaltungen und Behörden, die auch glaubten, ein Recht zu haben, über die Gestaltung der Umwelt zu bestimmen.

Durch die digitalen Medien schwingt das Pendel zurück?

Ja, es gibt ein bürgerschaftliches Revival. Die Bürger möchten mitreden, als aktive Citizens wahrgenommen werden. Und sie haben genügend Geld, um Projekte voranzubringen, die sie für relevant halten. Es kann auch für Parteien spannend sein, diese Strömung aufzugreifen und im vorpolitischen Raum mit den Bürgern zu arbeiten, sich von ihnen inspirieren zu lassen. In Portugal haben Kandidaten bei Kommunalwahlen sogar Wahlversprechen über Crowdfunding abgesichert.

Eignet sich Civic Crowdfunding nicht eher für kleine Projekte?

Keineswegs. In Rotterdam entwickelten Bürger die Idee, eine Brücke über eine große Schnellstraße zu bauen und dadurch zwei räumlich getrennte Viertel zu verbinden. Ein Architekturbüro startete dann eine Crowdfunding-Kampagne. Interessant ist, dass damit auch eine Diskussion über die Frage in Gang kommt: Was soll eine Kommune an Dienstleistungen bereitstellen? Was wollen wir selbst finanzieren?

Deutschland noch ziemlich neu ist, sind zuweilen sowohl Steuerberater wie auch Finanzämter mit der Materie überfordert. Die Plattformbetreiber jedoch kennen sich aus und beraten.

Scheitern als Lernerfolg verstehen

Insbesondere für Vereine sei das Konzept noch gewöhnungsbedürftig, sagt Visionbakery-Chef Popp. Deren größte Sorge ist, dass ein Konzept nicht genügend Unterstützer findet, denn dann wird es in der Regel aufgelöst, und wer etwas eingezahlt hat, bekommt sein Geld zurück. Öffentlich zu scheitern - mit dieser Vorstellung haben viele Projektinitiatoren ein Problem. Eine typisch deutsche und ganz falsche Haltung, findet Popp: „Man sollte das als Lernerfolg sehen und überlegen, was man beim nächsten Mal verbessern kann.“



Stephan Popp:

Mit seiner Visionbakery in Leipzig sieht er bei sozialen Projekten „hohe Erfolgsquoten“ und setzt auf den Austausch mit der Community.

Meist ist das die Kommunikation. Die Netzgemeinde erwartet von einem engagierten Projektbetreiber, dass er bloggt, postet und twittert, was das Zeug hält. „Der Zeitbedarf wird oft unterschätzt“, sagt Popp. Zumal digitale Kommunikation keine Einbahnstraße ist - die Community will sich austauschen. Man braucht nur einen Blick auf die digitale Pinnwand der Lastenradler zu werfen: Jemand schlägt Standorte für die Fahrräder vor, ein anderer will sich an der Wartung beteiligen, ein Dritter fragt, ob, wenn er „mehrere 30-Euro-Bierkisten erstehe“, diese auch an verschiedene Adressen geliefert würden. Und Ernesto teilt mit, dass er schon 246 E-Mails versendet habe, um für das Projekt zu werben. Die Initiatoren freuten sich und schrieben ihm zurück: „Du bist ein Held.“ ●



CHRISTINE MATTAUCH, freiberufliche Wirtschaftsjournalistin, lebt in München. Dort beeinflusst der Trend zum Bürgerengagement offenbar auch die Berufswahl. In der S-Bahn hörte sie einen Lehrer über seine Schüler sagen: „Vor zehn Jahren wollten alle in die Medien. Heute wollen alle helfen.“
redaktion@libmag.de



Justitia wird weiblich

Während Deutschland über Quoten diskutiert, bilden Richterinnen und Staatsanwältinnen bald die Mehrheit im Gerichtssaal. Kein Wunder: Wegen der guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf arbeiten Frauen gerne im Staatsdienst. Die Folge: Der Justiz gehen die Männer aus. // TEXT // **GISELA FRIEDRICHSEN**

Angeklagt war der Hausmeister einer Wohnanlage am Tegernsee, wo vorwiegend Pensionäre ihren Lebensabend verbrachten. Mit kleinen Gefälligkeiten verdiente er sich etwas Taschengeld: Er erledigte Einkäufe, trug schwere Taschen und half Gehbehinderten. Einer 87 Jahre alten Witwe wusch er die Wäsche, fuhr sie zum Friseur und begleitete sie zum Arzt. Stand ein Klinikaufenthalt an, chauffierte er die Frau dorthin und holte sie auch wieder ab. So auch im Oktober 2008, als sie an einer Darmentzündung litt. Daher brachte sie aus dem Krankenhaus eine Tüte voller verkoteter Wäsche mit nach Hause.

Am Tag ihrer Rückkehr aus der Klinik stürzte die Frau kopfüber in die halb gefüllte Badewanne und ertrank. Der Hausmeister wurde angeklagt, da er möglicherweise als Letzter in der Wohnung der alten Dame gewesen war. Eine ausschließlich mit Männern besetzte Strafkammer verurteilte ihn zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe, weil man als Tatmotiv einen Streit unterstellte, für den es allerdings keinerlei Anhaltspunkte gab. Viele Fragen blieben offen.

Wegen eines Rechtsfehlers hob der Bundesgerichtshof das Urteil auf und verwies die Sache an eine andere Strafkammer. Nun saßen ausschließlich Frauen zu Gericht. Die Anklage vertrat zwar ein Staatsanwalt, es hätte aber ebenso gut eine Staatsanwältin sein können.

Wer nun gedacht hatte, drei Frauen würden an den Fall mit mehr Einfühlungsvermögen herangehen, sah sich enttäuscht. Ein neuer, engagierter Verteidiger argumentierte, es sei nicht auszuschließen, dass die alte Dame ihre verschmutzte Wäsche in der Badewanne

habe vorreinigen wollen, ehe sie sie aus der Hand gab. Dabei sei ihr möglicherweise schwindlig geworden, wie auch früher häufig, sodass sie das Gleichgewicht verlor und unglücklich in die Wanne stürzte.

Aber auch im zweiten Verfahren hielt das Gericht an dem ominösen Streit als Motiv fest, der darin gegipfelt haben soll, dass der Hausmeister die alte Dame in die Wanne stieß, um sie zu töten.

Die gleichen Gesetze und die gleichen Fehler

Dieser Fall belegt exemplarisch, dass die Sicht weiblicher Richter nicht unbedingt eine andere ist als die von Männern. Beide Geschlechter sind zwar an das gleiche Recht und das gleiche Gesetz gebunden, beiden unterlaufen aber auch Fehler, bisweilen sogar die gleichen. Frauen irren weder seltener noch öfter als Männer.

Der Fall wirft auch ein Schlaglicht auf neue Verhältnisse in der Justiz. Denn während ganz Deutschland über die Quote diskutiert, befinden sich Frauen in der Verwaltung und in der Justiz fast unbeachtet auf dem Weg, die Mehrheit zu erobern. Die Zahlen sprechen in den meisten Bundesländern für sich: In Nordrhein-Westfalen etwa stieg der Anteil von Frauen im höheren Dienst und in der Justiz in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich von 41,2 Prozent auf 47,7 Prozent. In Hamburg liegt ihr Anteil bereits bei mehr als 50 Prozent. Jura ist also längst keine Männerdomäne mehr. Die Justiz wird eindeutig weiblicher.

Junge ambitionierte Männer mit guten Examensnoten streben nach dem Studium häufig in große Anwaltskanzleien, die mit hohen

Anfangsgehältern Absolventen locken. Sie wollen nicht Amtsrichter in Gelnhausen oder Dippoldiswalde werden – das überlassen sie den Frauen. Haben die Männer es einmal geschafft, bei Hengeler Mueller oder Hogan Lovells unterzukommen, tritt oft Ernüchterung ein. Denn dort besteht die Hauptaufgabe zunächst einmal darin, den Gewinn der Kanzlei durch eine möglichst hohe, dem Kunden in Rechnung zu stellende Zahl von Arbeitsstunden zu steigern. Wer aber regelmäßig erst nach Mitternacht heimkommt, wer um 7 Uhr früh schon wieder im Büro zu sein hat, weil von ihm 80 bis 100 Wochenstunden erwartet werden, und wer darüber hinaus kaum ein freies Wochenende hat, der kennt kein Privatleben mehr. Dessen Chancen stehen auch bei der Partnersuche schlecht. Familie, Kinder, also ein Leben jenseits der Kanzlei – Fehlanzeige.

Junge Frauen hingegen entscheiden sich oft anders. Und dies, obwohl ihre Examensnoten im Schnitt besser sind als die der männlichen Absolventen. Sie scheinen auch klüger mit ihren Ressourcen umzugehen: Sie genießen die richterliche Freiheit und entscheiden sich für die Möglichkeit, oft zu Hause arbeiten zu können. Vielen von ihnen kommt es darauf an, Familie und Beruf zu vereinbaren. Mutterschutz, Elternzeit, Rückkehr in den Beruf, Teilzeit, strukturierte Arbeitsformen – in der Justiz ist das kein Problem.

Mehr Arbeit, mehr Anwesenheit und lange Wege

Bis 1922 durften Frauen nicht als Anwältinnen tätig sein. Von 1933 an ließen die Nazis sie nicht mehr zu. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg eroberten sie Schritt für Schritt die Justiz. Allerdings: Wer im höheren Justizdienst Karriere machen will, hat auch heute noch Barrieren zu überwinden. Er – oder sie – muss Präsidialrichter, Pressesprecher oder Referendarausbilder werden, sich ans Ministerium oder an ein Oberlandesgericht abordnen lassen. Das heißt: mehr Arbeit, mehr Anwesenheit, bisweilen lange Fahrwege. Frauen mit kleinen Kindern, die mit ihrem Arbeitseinsatz haushalten müssen, tun sich da schwer. Und sie stellen die ordentliche Gerichtsbarkeit vor Probleme. Wenn Richterinnen nur halbtags arbeiten oder Elternzeit nehmen, muss ein höherer Personalschlüssel diese Ausfälle, die sonst zulasten der Rechtsuchenden gingen, ausgleichen. In Zeiten, in denen vor allem am Personal gespart wird, ist das nicht einfach.

Die Wiederaufnahme des Hausmeisterfalls vom Tegernsee betreibt übrigens eine Frau: Diese Rechtsanwältin ist eine furchtlose Kämpferin, manche Richter nennen sie aufsässig. In deren Reihen wäre sie fehl am Platz. Gewohnt, die Zähne zusammenzubeißen, bekommt sie Beruf und Familie auf die Reihe. Alles eine Frage der Organisation und der Leidenschaft für den Beruf. Daran wird sich wohl auch künftig nichts ändern. ●



GISELA FRIEDRICHSEN arbeitet seit 1989 als Gerichtsreporterin beim Nachrichtenmagazin *Spiegel*. Als Nachfolgerin von Gerhard Mauz hat sie in dieser Zeit alle großen Strafverfahren in Deutschland beobachtet.
redaktion@libmag.de

Der Frauenanteil im höheren Justizdienst nimmt stetig zu. In den kommenden Jahren dürften in nahezu allen Bundesländern mehr Frauen als Männer in Richter- und Staatsanwaltschaft arbeiten. In Hamburg und Berlin ist das schon Realität.

Frauenanteil im höheren Justizdienst:

Bundesland	2013
Hamburg	51,7
Berlin	50,2
Sachsen-Anhalt	47,0
Schleswig-Holstein	47,0
Nordrhein-Westfalen	46,1
Hessen	45,9
Brandenburg	45,5
Niedersachsen	44,4
Bremen	44,0
Thüringen	43,8
Sachsen	43,4
Bayern	43,1
Rheinland-Pfalz	42,0
Saarland	41,9
Baden-Württemberg	40,9
Mecklenburg-Vorpommern	39,9

Daten: eigene Erhebung, Zahlen für Bremen aus 2011, für Mecklenburg-Vorpommern aus 2015, Angaben in Prozent

Frauenanteil an den Neueinstellungen im höheren Justizdienst:

Bundesland	2010	2012	2014
Sachsen-Anhalt	73,0	67,0	75,0
Brandenburg	72,0	50,0	69,2
Saarland	76,5	35,7	66,7
Sachsen	50,0	54,5	64,5
Nordrhein-Westfalen	59,3	54,2	63,1
Schleswig-Holstein	71,0	58,0	63,0
Hessen	59,9	56,8	62,7
Thüringen	37,5	37,5	62,5
Bayern	60,5	67,3	60,8
Berlin	54,3	47,0	60,6
Hamburg	55,2	64,5	57,6
Rheinland-Pfalz	51,0	64,0	54,0
Baden-Württemberg	46,8	50,0	51,0
Mecklenburg-Vorpommern	52,6	20,0	50,0
Bremen	46,0	46,0	46,0

Daten: eigene Erhebung, aus Niedersachsen lagen keine Daten vor, Angaben in Prozent



MIT BIG DATA AUF STREIFE

Den Verbrecher schon vor der Tat am Tatort in Empfang nehmen? Traum eines jeden Polizisten. Und inzwischen dank Informationstechnik eine realistische Perspektive, die jedoch den Datenhunger der Sicherheitsbehörden steigern wird. // TEXT // **ANDREAS SPIEGELHAUER**

Ein Überwachungsstaat, wie ihn George Orwell in seinem Roman „1984“ beschreibt? Karl Geyer schüttelt den Kopf: „Big Brother? Da will ich nicht hin.“ Und doch sitzt der Kriminaldirektor aus Mittelfranken an der Quelle, Kritiker sagen: vor der Büchse der Pandora. Gemeint ist damit die computergestützte „vorausschauende Polizeiarbeit“, mithilfe derer die Polizei bald in ganz Bayern auf Einbrecherjagd gehen soll. Der Clou daran: Die Software „precobs“ rechnet für Geyers Team aus, wo und wann der nächste Einbruch passieren wird - zumindest aller Wahrscheinlichkeit nach. Entsprechend der Vorhersage werden gegebenenfalls verstärkt Streifen - in Zivil oder in Uniform - ins Zielgebiet geschickt. Zur reinen Abschreckung oder gar um die Täter auf frischer Tat zu ertappen. Für Law-and-Order-Fans klingt das verlockend. Datenschützer fürchten dagegen den PC-gesteuerten Überwachungsstaat.

Fakt ist: Seit die Ermittler in Mittelfranken und in München vor gut einem Jahr ein Pilotprojekt für das Predictive Policing aufgelegt haben, wird das Thema in Deutschland immer wichtiger. So will die

Polizei im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen noch in diesem Jahr in Duisburg und in Köln mit der Software einer IBM-Tochter testen, ob sich so Einbrüche vorhersagen lassen. Das Landeskriminalamt Niedersachsen bestätigt, dass in Hannover über die Methode „voraussehende Polizeiarbeit per Software“ nachgedacht wird. Auch Hamburg und Berlin stehen offenbar längst in den Startlöchern.

Die deutschen Ermittler pochen aber unisono darauf, dass sie keinerlei personenbezogene Daten verwenden: „Nur“ Tatort, Tatzeit, Tatwerkzeug und Tathergang gelten als Parameter für die polizeiliche Computerrecherche der Zukunft. Uwe Jacob, LKA-Direktor in NRW, sagte schon Ende des vergangenen Jahres: „Vorratsdatenspeicherung und Datenschutz - das ist für mich kein Widerspruch. Und auch Predictive Policing und Datenschutz nicht.“ Doch wer kontrolliert, dass es nicht zum Missbrauch kommt? Frank Scheulen, Sprecher des LKA Düsseldorf: „Wir haben uns natürlich bei unserem Datenschutzbeauftragten und dem des Landes NRW rückversichert.“

Tom Cruise hat es schon 2002 im Film „Minority Report“ vorgemacht:

Die digitale Netzwelt eignet sich auch zur Menschenjagd. Nur Science-Fiction? Nein. Weniger spektakulär, aber ganz real will die Polizei in Deutschland mit algorithmischer Datenanalyse Verhaltensmuster erkennen, so Straftaten vorhersagen und verhindern.

So richtig greifbar ist das nicht. Kein Wunder, dass immer wieder das böse Wort von der Rasterfahndung und dem gläsernen Bundesbürger die Runde macht. Zumal Predictive Policing aus den USA stammt. Und dort werden seit Jahren die Polizeicomputer eben auch mit personenbezogenen Daten gefüttert – etwa Vorstrafenregister, Nummernschilder und Chats auf Social-Media-Plattformen. Festnahmen, die angeblich auf die Software-Fahndung zurückgehen, werden gerne und groß in den US-Medien gefeiert.

Kritiker fürchten, dass diese Big-Data-Welle nach Deutschland schwappt. LKA-Mann Scheulen schüttelt den Kopf. „Niemand muss Angst haben, dass wir wie ein Staubsauger Daten über Bürger sammeln.“ Das NRW-Projekt werde zudem wissenschaftlich begleitet. Grund: Noch kann niemand einen kausalen Zusammenhang zwischen der PC-gestützten Fahndung und den immer wieder schwankenden Fallzahlen herstellen. Die NRW-Fahnder wollen das ändern. Und sie erweitern das Spektrum der Parameter: So werden neben den polizeilichen Falldaten auch andere Komponenten in den Computer eingespeist: Jahres- und Ferienzeiten, Wetterdaten und Großveranstaltungen in der Stadt. Bekanntlich nutzen gut organisierte Einbrecherbanden beispielsweise die viel zitierte „dunkle Jahreszeit“ in den Herbst- und Wintermonaten für ihre Beutezüge.

Klingt kriminologisch logisch. Zumal die professionellen Täter nicht nur für die Opfer ein Albtraum sind. Sie haben auch schon so mancher Polizeibehörde die Statistik verdorben. Der Mix aus hohen Fallzahlen und schlechten Aufklärungsquoten stört das Sicherheitsempfinden der Deutschen empfindlich. Vor allem weil die Klauprofis offensichtlich bestens vernetzt sind, sich hervorragend auskennen und jede Form der modernen Kommunikation nutzen, um effizient Beute zu machen. Also ran an den Computer? Kriminaldirektor Geyer sagt: „Die Entscheidung trifft letztlich der Mensch. Und die Software ersetzt die polizeiliche Ermittlungsarbeit nicht.“

Thomas Schweer sieht die Angst vor dem Missbrauch von Big Data gelassen. Vor mehr als zehn Jahren hat der Sozialwissenschaftler aus Oberhausen die Software „precobs“ entwickelt: „Wir waren unserer Zeit voraus“, sagt er heute. Nach dem Test in Bayern stehen die endgültigen Auswertungen zwar noch aus, aber Kriminaldirektor Geyer ist optimistisch: „Precobs hat das Potenzial, Polizeiarbeit effektiver zu machen, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein.“ Schweer stimmt dem zu: „In zehn Jahren werden solche Computerprogramme allgegenwärtig und völlig normal sein.“ Und der Mensch? „Technik ist verführerisch. Dass sich die Gesellschaft und auch die Wissenschaft kritisch mit dem Thema auseinandersetzen, ist deshalb zu begrüßen“, warnt Schweer. Und der Software-Entwickler fordert: „Wir haben datenrechtliche Bestimmungen, und die müssen eingehalten werden.“ ●



ANDREAS SPIEGELHAUER schreibt seit mehr als 15 Jahren als Redakteur über Polizei- und Justizthemen. Der gebürtige Kölner und Wahl-Wuppertaler wurde vor vielen Jahren selbst Opfer eines Einbruchs. Trotz der schlaflosen Nächte danach sagt er: „Zu viel Überwachung nimmt uns die Freiheit.“
redaktion@libmag.de



„Die Lösungen sind bislang nicht überzeugend“

Als Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) vertritt **André Schulz** die Interessen der Kriminalpolizei in Bund und den Ländern. Er sieht beim Predictive Policing Fallstricke beim Datenschutz. Außerdem fehle bislang der Nachweis der Effektivität.

Wie steht der BDK zur neuen Methode?

Wir sind grundsätzlich offen für neue Technologien. Ich habe mir persönlich in der Theorie und Praxis ein Bild davon gemacht. Offen gesagt: Auch wenn die Idee dahinter richtig ist, finde ich die bisherigen Lösungen nicht wirklich überzeugend.

Was beurteilt der BDK kritisch?

Hauptknackpunkt ist außer der noch zu beweisenden Funktionsfähigkeit der Datenschutz. Die rechtlichen Verhältnisse in Deutschland sind aber mit denen des Predictive-Policing-Ansatzes in den USA überhaupt nicht vergleichbar.

Welche Chancen sieht der BDK?

Zuweilen wird argumentiert, dass vorausschauende Polizeiarbeit per Software Personal spart. Ich sehe das anders. Wenn das richtig funktionieren soll, werden wir sogar deutlich mehr Kriminalbeamte und operative Polizeikräfte benötigen.



// TEXT // WOLFGANG GERHARDT

ZUM MORALSTANDORT DEUTSCHLAND

Blickt man zurück, dann ist Deutschland aus der größten Katastrophe seiner Geschichte durch Marktwirtschaft und sozialen Ausgleich, durch europäische Zusammenarbeit und transatlantisches Bündnis, durch technische Höchstleistungsfähigkeit sowie durch Qualifizierung und Bildung, das heißt den Willen zum Lernen herausgekommen.

Bei der Bündnisfähigkeit hat sich seit einiger Zeit eine Art von selbstgerechter Moral in Deutschland entwickelt, die so hoch ist und so ohne Empathie für andere Gesellschaften, die sich bedroht fühlen, dass sie nicht mehr ausreichend mit Willen zum Frieden beschrieben werden kann, sondern mehr und mehr auch von ernsthaften Beobachtern als „Wohlstandschauvinismus“ bewertet wird.

Hierzulande wird vergessen, dass sich die „alte“ Bundesrepublik Deutschland bei Mauer und Stacheldraht natürlich auf Sicherheitsgarantien der kollektiven Verteidigung verlassen hat. Das galt im Übrigen in besonderer Weise für das „frühere“ West-Berlin. Es trägt gewaltige Züge des Egoismus, das Bedrohungsempfinden anderer derart schnöde zu bewerten, wie das kürzlich in einer Umfrage deutlich wurde, nach der eine Mehr-

heit der Deutschen anderen, selbst NATO-Partnern, im Falle der Bedrohung nicht zu Hilfe eilen will.

Hätten wir - und solche Bestrebungen gab es ja auch - Polen, Litauen, Estland, Lettland sagen sollen, dass wir sie nicht in der NATO haben wollten, weil Russland sie als Interessensphäre ansieht? Nach dem Motto: „Habt euch nicht so, wir wissen besser, wie ihr euch zu fühlen habt“?

In vielen Diskussionen trifft man auf eine Art von Selbstgerechtigkeit und Doppelmoral, die einen fassungslos macht. Wir nehmen gerne Sicherheit von anderen, wir haben aber Probleme, sie selbst zu „spenden“. Wir betrachten uns als Zivilmacht, vergessen aber, dass diplomatische Mittel in kritischen Situationen ohne Wirkung bleiben, sofern sie nicht im Ernstfall auch durch militärische Möglichkeiten gestützt werden. Am liebsten möchten wir uns mit der Bemerkung, man müsste doch etwas tun, oder warum geschieht denn nichts, aus allem heraushalten. Eine solche Haltung dürfte für das eigene Seelenheil dereinst aber nicht genügen.

Albert Einstein hat den Satz geprägt, dass die Welt nicht nur von jenen bedroht wird, die böse sind, sondern auch von denen, die das Böse zulassen.

ZUR MYTHENBILDUNG IN DEUTSCHLAND

Wir leben gut in einem geliehenen Aufschwung. Die Zinsen liegen dank einer etwas lockeren Geldpolitik der EZB bei null, der Euro liegt gegenüber dem Dollar fast 20 Prozent niedriger als vor einem Jahr, der Ölpreis sogar mehr als 40 Prozent. Die prognostizierte Wachstumsrate von knapp zwei Prozent in diesem Jahr ist bei solchen Voraussetzungen aber eher mager. Vor diesem Hintergrund gäbe es einiges zu tun.

Wer aber darauf verweist, dass man jetzt die Wachstumskräfte stärken müsste, wird erst einmal zum Feind des Menschen erklärt. Es gehe doch zuallererst darum, die zerstörerischen Kräfte des Marktes abzufedern, wird einem entgegengehalten. Am besten gehe es im Übrigen ohne den Markt, sagen nicht wenige.

Das haben wir anschaulich am Zusammenbruch der DDR sehen können, die ja so erfolgreich ohne Marktwirtschaft gewesen sein soll und rhetorisch nur so vor sozialer Gerechtigkeit strotzte.

Wer noch immer davon überzeugt ist, dass nicht die Staatswirtschaft der DDR, sondern die Treuhand die Betriebe vernichtet hat, dem sei die Lektüre der spannenden Protokolle der Sitzungen des Zentralkomitees der SED aus dem Jahre 1989 empfohlen. Sie sollten Pflichtlektüre sein, bevor man sich in geschmäckerlicher Manier über die soziale Marktwirtschaft hermacht. Es wäre auch nicht schlecht, wenn sie im Unterricht verwendet würden. Quellenstudium schadet nicht. Damit endlich einmal die Mythenbildung aufhört. Denn die DDR war eigentlich, wie man dort nachlesen kann, schon seit 1982/1983 pleite. Und das aus eigenem Verschulden, wie das selbst Mitglieder des Zentralkomitees der SED zugeben mussten.

Literaturhinweis: Hertle/Stephan (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Ch. Links Verlag, 4. Auflage, Berlin 1999

ZUR URTEILSFÄHIGKEIT IN DEUTSCHLAND

Neulich hat in einer Partei ein Umzug stattgefunden. Die Wohngemeinschaft im Erdgeschoss hat die Wohngemeinschaft aus Ökonomieprofessoren, die bisher im ersten Stock gewohnt hatte, verdrängt. Auslöser waren Nachbarschaftsstreitigkeiten, angeblich.

Das alles konnten die bisherigen Beletage-Bewohner nicht so recht erkennen, obwohl sie sich doch für so weitsichtig hielten und alles so genau wussten. Sie haben anscheinend alle ihre Arbeit unter eher klinischen Bedingungen erledigt, vor immer gleichem Publikum und nicht im wirklichen politischen Leben.

Nun hatten die Parteigründer so einige Steckenpferdreiter angezogen, die alle aus ihren Ställen gekommen sind und recht aggressiv sowie unbarmherzig rechthaberisch auftreten nach dem Motto „Warum sachlich, wenn es auch persönlich geht?“. Da ist keine liberale Partei auf die Beine gestellt worden, wie das dem Verfasser dieser Zeilen geradezu jeden Tag gewissagt

wurde, da hat sich eine ganz andere Truppe aufgestellt, von der nichts Gutes ausgeht.

Wer von Vorurteilen leben will, der scheitert an der Realität von Veränderungsprozessen. Wer Verschwörungstheorien glaubt, der bildet keinen bürgerlichen Resonanzboden von Toleranz und von Antworten, sondern von Frust und Ärger.

Das Ganze ist eine Art von politischer Apotheke, mit Medikamenten, die keinen Test bestanden haben, ohne Beipackzettel mit Hinweis auf Verfallsdaten und Nebenwirkungen. Hinter dem Verkaufstisch steht kein Apotheker, sondern das Ressentiment persönlich. Damit lässt sich kein Staat machen. ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de



„DIE ÄUSSERE FREIHEIT DES GEISTES IST DER HUMOR, ER IST IMMER SOUVERÄN.“

LUDWIG BÖRNE

Dass ich hier und heute zu Ihnen spreche oder an Sie schreibe, hat auch und vor allem mit dem Wort zu tun, das ich gleich nennen werde und das mit meiner frühesten Kindheit zu tun hat. Es ist ein Wort, das in unserer Familie so häufig fiel wie diese Namensworte, die mir, obgleich ich nichts mit ihnen anfangen konnte, so vertraut waren, dass sie es noch heute sind, etwa „Mischnick“, „Thomas Dehler“, „Walter Scheel“, „Erich Mende“ und „Hans-Dietrich Genscher“. Klangworte so vertraut wie die Worte Weihnachtsbaum, der große DKW, der kleine DKW, Tick, Trick und Track oder Bambi. Und dieses zentrale Wort in unserer Familie war: „Friedrich-Naumann-Stiftung“. Damit hatte mein Vater viel zu tun. Er war Landesvorsitzender der FDP in Niederbayern und ein großer Verfechter der Freiheit.

Daran will ich gerne anknüpfen. In dem vorangestellten Zitat Ludwig Börnes geht es um die Kraft des Humors. Womit wir blitzschnell bei Charlie Hebdo wären. Aber dazu ist in diesem Jahr schon genug geäußert worden. Eigentlich. Ich will es dennoch versuchen. Angenommen, ein Karikaturist dieser Zeitschrift hätte eine muslimische Freundin. Sie würde ihn lieben, trotz seines seltsamen Berufes, der all ihre Verwandten und Freunde verschreckt. Bei familiären Festen ist er zwar dabei, aber niemand mag ihn oder sucht das Gespräch mit ihm. Auch er liebt sie, weil sie so reinen Herzens ist, anders als die atheistischen Frauen seines Milieus.

Was soll er tun? Welche Entscheidungsfreiheit hat er? Bleibt ihm der Humor im Halse stecken?

Gedankensprung. Dass alle Menschen gleich sind, ist wohl der zentrale Glaubenssatz aller aufgeklärten Menschen. Deswegen müssen wir uns um afrikanische Flüchtlinge genauso kümmern wie um osteuropäische.

Jene Millionen, die aus der DDR flüchteten, waren uns genauso willkommen, wie es die fast Ertrunkenen aus Libyen oder die Schiiten aus dem Jemen sein sollten. Später werden diese Völker in neuen Banlieues rund um unsere Metropolen dahinvegetieren, abgetrennt, chancenlos und aggressiv. Sie werden mit unserem Kulturkreis so wenig zu tun haben wie vor der ganzen Völkerwanderung. Und sollten die geretteten Flüchtlinge noch dankbar sein, so bestimmt nicht ihre Kinder. Sie werden von faschistischen, als Religion getarnten Ideologien eingefangen werden und uns hassen. Aber das darf niemand sagen. Das ist ein Tabu.

Zurück zum Zeichner und seiner Freundin. Was soll er tun? Weiter zeichnen? Das ist gefährlich. Überträte er stattdessen das Tabu, folgte der Ausschluss aus dem aufgeklärten Milieu. Dann hätte er schon zwei feindliche Freundeskreise, ihren und seinen. Man würde ihn als ‚Sarrazin‘ beschimpfen, aber am Leben lassen. Das wird ihn kaum trösten, denn jeder Mensch will wenigstens ein bisschen gemocht werden. Also?

Die Antwort ist ganz einfach. Er sollte das Thema verdrängen. Es ist eine Entscheidung, die ihm vielleicht nicht leichtfällt, aber es wäre immerhin seine eigene. Diese Freiheit bleibt ihm! Ich bin sicher, dass Friedrich Naumann, lebte er heute, sich zu dieser Entscheidung durchgerungen hätte. Ludwig Börne wohl nicht. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



Joachim Lottmann gilt als Erfinder der deutschen Popliteratur. 2010 nahm er den Wolfgang-Koeppen-Preis entgegen und sorgte zuletzt mit „Endlich Kokain“ (2014) und „Happy End“ (2015, Haffmans & Tolkemitt) für Aufsehen. Der Autor schreibt unter anderem für *taz*, *FAS* und *Welt* und lebt in Wien.
redaktion@libmag.de

Foto: T. Draschan

Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT

Abidjan Stuttgart Bangkok Buenos Aires
Kairo München Tegucigalpa Seoul
Accra Dhaka Harare Wiesbaden Belgrad
Hanoi Jerusalem Kapstadt Prishtina Athen
Prag Mit Mut, Brüssel Mexiko City
Dar-es-Salaam Engagement, Lübeck
Baku Kompetenz. Bukarest
Hamburg Kiew
Yangon Beirut Moskau
Islamabad
New Delhi Istanbul Potsdam Hannover
Johannesburg Sao Paulo Eriwan
Tunis Dakar Amman Sofia Manila
Algier Rabat Halle Tiflis Washington D.C.
Berlin
Gummersbach Jakarta Istanbul Sarajewo

Für Freiheit und Rechte. Auch 2015 an
10 Standorten in Deutschland und in
mehr als 60 Ländern der Welt für Sie da!

freiheit.org



liberal ist auch als iPad- oder Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

Bildergalerien • Audio • Links • Videos

liberal weiterempfehlen: kostenloses Probeexemplar
an Verwandte und Freunde über abo@libmag.de



www.libmag.de/abo/
oder QR-Code scannen